00093

Leipziger Volkszeitung

Die Tageszeitung für die Interessen des werktätigen Volkes

Die **Leipziger Volkszeitung** erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Sie ist das amtliche Publikationsorgan der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau und enthält außerdem die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pegau und Taucha sowie verschiedener Landgemeinden. **Bezugspreis:** Mit Unterhaltungs- und Kinderbeilage 1.80 Mark, mit illustrierter Wochenendzeitung „Der Sonntag" 2.20 Mark einschließlich Bringerlohn. Für Selbstabholer 1.70 Mark, mit „Der Sonntag" 2.10 Mark. Durch die Post 1.80 Mark, Ausgabe A, mit „Der Sonntag" 2.20 Mark zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfennig. **Inseratenpreise:** 10 gespalt. Kolonelzeile 35 Pf., Familiennachrichten 50% Nachlaß. Stellenangebote: 10 gespalt. Kolonelzeile 25 Pf. Kleine Anzeigen: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf. Reklamezeile: 1.60 M. Inserate v. auswärts: 10 gespalt. Zeile 40 Pf. Reklamezeile 1.80 M.

Mittwoch, 11. Januar 1933

40. Jahrgang · Nummer 9

Redaktion und Verlag: Leipzig C 1, Tauchaer Str. 19/21
Telegramme: Volkszeitung Leipzig. Fernruf Nr. 722 06.
Postscheck: Leipziger Buchdruckerei AG., Leipzig Nr. 53477

2070 Millionen Fehlbetrag

Reichsfinanzminister v. Schwerin-Krosigk vor dem Hauptausschuß des Reichstags

SPD Im Haushaltausschuß des Reichstags erstattete der Reichsfinanzminister am Dienstag auf Antrag der Sozialdemokratie einen Bericht über die Lage der Reichsfinanzen. Der Haushaltausschuß zeigte ein Bild wie an großen Tagen: Die vollständig versammelten Fraktionsvertreter, ein großer Stab von Beamten unter Führung des Reichsfinanzministers und des Reichsarbeitsministers. Der sachliche Inhalt des Berichts des Reichsfinanzministers entsprach nicht ganz den Erwartungen. Er beschäftigte sich sehr viel mit der Vergangenheit und wenig mit der Zukunft. Dabei war er von einem Optimismus getragen, der mehr von den Wünschen als von den Tatsachen bestimmt zu sein schien.

Aus dem Bericht des Reichsfinanzministers über das laufende Rechnungsjahr 1932 ging hervor, daß man mit einem Rückgang der Steuereinnahmen von 783 Millionen rechnet. Dieses Weniger-Aufkommen beruht im wesentlichen auf den Mindererträgen der Einkommensteuer von 270 und der Umsatzsteuer von 420 Millionen. Auch bei den Zöllen rechnet man mit Ausfällen. Das gesamte Minderaufkommen wird mit 800 Millionen veranschlagt, das etwa zu gleichen Teilen das Reich bzw. Länder und Gemeinden belastet. Dem stehen Erhöhungen der Ausgaben von etwa 300 bis 350 Millionen gegenüber. Sie sind zum kleineren Teil durch soziale Ansprüche hervorgerufen, z. B. Winterhilfe mit 40 Millionen. Für Instandsetzungen von Wohnungen, Straßenbau usw. wurden 40 Millionen, für die vorstädtische Kleinsiedlung 25 Millionen mehr verausgabt. Alle übrigen Mehrausgaben sind für Stützung der selbständigen Wirtschaft erforderlich geworden.

Der Fehlbetrag für das Reich von rund 800 Millionen setzt sich also zusammen aus Steuerausfall mit 400 Millionen, Ausfall bei den Vorzugsaktien der Reichsbahn mit 50 Millionen und Mehrausgaben von 300 bis 350 Millionen. Durch die Schuldentilgung in Höhe von 420 Millionen vermindere sich der aus dem Vorjahr übernommene Fehlbetrag von 1690 Millionen auf 1270 Millionen, durch den neuen Fehlbetrag von 800 Millionen erhöhe er sich bis zum Schluß des Rechnungsjahres auf 2070 Millionen.

Dieses finanzielle Ergebnis ist nach der Meinung des Finanzministers in Anbetracht der durchlebten schweren Krise erträglich und nicht allzu gefährlich. Besonders deshalb, weil Kassenschwierigkeiten infolge der Flüssigkeit des Geldmarktes bisher nicht bestanden haben und auch anzunehmen ist, daß die in den nächsten Monaten zu erwartenden Schwierigkeiten mit Sicherheit überwunden werden können.

Die Schulden des Reiches haben sich nicht wesentlich erhöht. Sie betrugen am 31. März 1932 12 152 Millionen, am 31. Dezember 12 264 Millionen. Die Bürgschaften sind bis zum 1. Oktober 1932 auf 2146 Millionen gestiegen. Nennenswerte Verluste seien aus der Uebernahme der Bürgschaften nicht eingetreten. Der Minister wandte sich dann den finanziellen Maßnahmen zu, die eine Vorbelastung der künftigen Jahre bedeuten. Hier spielten eine entscheidende Rolle die Schatzanweisungen für Stützungszwecke, deren Gesamtsumme 1207 Millionen betrage. Für die Jahre 1933 bis 1937 werde man aus diesen Schatzanweisungen für Stützungszwecke mit einer jährlichen Belastung von 125 bis 200 Millionen rechnen müssen. Dazu komme die Belastung aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Papen mit jährlich 115 Millionen in den Jahren 1933 bis 1935. Aus den Steuergutscheinen sei bei voller Inanspruchnahme in den nächsten fünf Jahren mit einer Belastung von jährlich 500 Millionen zu rechnen.

Danach ist die Vorbelastung in den Jahren 1934 und 1935 mit jährlich 740 Millionen besonders schwer, und es scheint außerordentlich optimistisch, wenn der Reichsfinanzminister erklärte, daß diese Vorbelastung ihren Schrecken verliere, weil man mit einer Verminderung der Lasten für die Erwerbslosen und einer Vermehrung der Steuereinnahmen rechnen könne. Aus diesen Bemerkungen des Reichsfinanzministers aber scheint weiter hervorzugehen, daß die Regierung selbst für den Fall der Besserung einer Wirtschaftslage weder eine Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen noch eine Verminderung der gerade die untersten Schichten besonders schwer belastenden Massensteuern beabsichtigt.

Der Minister erklärte weiter, daß man den Haushaltplan für 1933 noch nicht aufstellen könne, da ein richtiger Plan voraussetze, daß man seine Aufstellung so dicht wie möglich an den Beginn des nächsten Haushaltjahres heranrücke.

In der Debatte über das Gesamtproblem der öffentlichen Finanzen, die mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte, wird am Mittwoch der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hilferding das Wort nehmen.

5 773 000 Arbeitslose

Her mit der 40-Stunden-Woche

Der neue Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1932 liefert einen sehr eindrucksvollen Beweis für die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitslosigkeit ist in der zweiten Dezemberhälfte aus saisonmäßigen Ursachen weiter gestiegen, jedoch langsamer als in dem ersten Berichtsabschnitt. Am Jahresende waren bei den Arbeitsämtern rund **5 773 000 Arbeitslose** gemeldet. Die Zunahme seit Mitte Dezember betrug rund 169 000. Die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahr, die Ende Juni mit mehr als 1,7 Millionen am stärksten war, ist seitdem ständig geringer geworden und betrug am Jahresende nur noch rund 105 000.

In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 94 000 auf 792 000 und in der Krisenfürsorge um 93 000 auf 1 281 000. Aus dem Personenkreis für öffentliche Fürsorge wurden Ende Dezember 2 375 000 Arbeitslose als Wohlfahrtserwerbslose anerkannt.

Diese Zahl liegt bei einem Gesamtzugang an Arbeitslosen im Dezember um über 400 000 — mit 64 000 höher als Ende November. Im Freiwilligen Arbeitsdienst waren am Jahresende noch 242 000 Arbeitslose tätig, d. h. nur 43 000 weniger als Ende November.

*

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der zweiten Dezemberhälfte hält sich in verhältnismäßig engen Grenzen. In den beiden Vorjahren war der Zugang bei den Arbeitslosen in der zweiten Dezemberhälfte wesentlich stärker. Er betrug 1931 320 000 und 1930 400 000 Köpfe. Den allerdings geringen Ansätzen einer Besserung, die man in der Industrie feststellen kann, steht aber keine Verringerung der Arbeitslosenziffer gegenüber, weil der hohe Stand der Technik und die dadurch ermöglichte Anspannung der menschlichen Arbeitskraft Produktionssteigerung ohne Neueinstellungen gestatten. Daraus ergibt sich, daß zur Entlastung des Arbeitsmarktes die

Verkürzung der Arbeitszeit unerläßlich ist.

Die Angst vor dem Reichstag

Schwerindustrie kündigt die Kredite

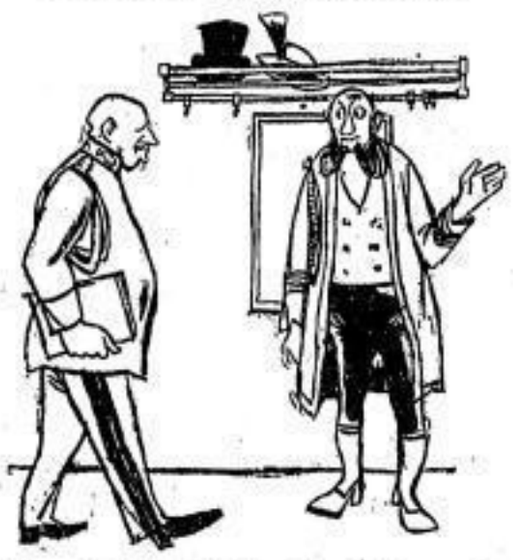
Das Berliner Naziblatt behauptet, daß „der Zweck des nur kurz bemessenen Aufenthalts Hitlers eine Besprechung mit dem Reichstagspräsidenten Göring sei, der soeben von einer Reise nach Schweden, wo er Verwandte hat, zurückgekehrt ist. „Wo bleibt da die Würde des „Führers"? Der Inbegriff aller Autorität, wie die Nazis ihren Osaf täglich hinstellen, läuft plötzlich dem Oqruf Göring nach, unterbricht den Wahlkampf in Lippe und reist nach Berlin, statt Göring, wie es sich für einen „Führer" von seinem Schlage geziemt, nach dort „zu befehlen". Wo der Führer sowiel Würdelosigkeit an den Tag legt, muß etwas los sein!

Es ist die Angst vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags, die den „Kämpfer und Führer" unserer „aufbauwilligen Kräfte "nach Berlin getrieben hat. Während seine Presse tagtäglich ein Scheingefecht nach dem anderen gegen Schleicher aufführt, hat die nationalsozialistische Reichstagsfraktion der Schleicher-Regierung bisher das Leben ermöglicht. Die Sorge, daß dieses unehrliche Spiel im Reichstag von der Tribüne herab vor aller Oeffentlichkeit entlarvt werden und der nationalsozialistischen Bewegung ein neuer Stoß versetzt werden könnte, hat den „Kämpfer" und „Führer" schon lange nicht schlafen lassen. Jetzt ist ihm ein neues Unheil widerfahren.

Die Schwerindustrie hat dieser Tage von Hitler ihre Kredite, die in die Millionen gehen, zurückverlangt und ihn zugleich wissen lassen, daß sie unter den obwaltenden Umständen weitere Geldmittel nicht zur Verfügung stellen kann.

Diese Situation hat den „Kämpfer" zu der Ueberzeugung gebracht, daß bis auf weiteres allen Kämpfen aus dem Wege gegangen und insbesondere eine Auflösung des Reichstags vermieden werden muß. Soviel versteht schließlich auch der „Führer" von der Politik, daß mit Schulden bis an den Hals und mit einer Politik, die nach übelster Demagogie stinkt, keine Eroberungen gemacht werden können. Darum seine Reise nach Berlin. Sie bezweckt die Vermittlung des Wiederzusammentritts des Reichstags, dessen nochmalige Vertagung um mehrere Monate und die Vermeidung von Neuwahlen.

Spiel um Schleicher



„Herr Reichspräsident kann Herrn General jetzt nicht empfangen. Es sind schon zwei Herren drin, die nicht erkannt sein wollen."

Nach zehn Jahren

Nichts gelernt und nichts vergessen

Die Zeitungen Hugenbergs, ebenso wie die Presse der Nationalsozialisten und der Kommunisten schwelgen zur Zeit in Erinnerungen über den Ruhreinbruch. Ein merkwürdiges Trio. Die Nationalisten und die Bolschewisten, die im Jahre 1923 ihre Synthese im Nationalbolschewismus gefunden hatten. Damals diskutierten der Graf Reventlow und Radek in den Spalten der „Roten Fahne" über den „Befreiungskampf" gegen das Versailler Diktat. Am 20. Juni 1923 setzte Radek diesem nationalbolschewistischen Kurs mit einer Rede, die auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Komintern in Moskau gehalten worden ist, die Krone auf. Radek feierte Schlageter, den „Helden" des Ruhrkampfes mit folgenden Worten:

„Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden . . . Wenn die Kreise der deutschen Faschisten, die ähnlich dem deutschen Volke dienen wollen, den Sinn der Geschicke Schlageters nicht verstehen wollen, so ist Schlageter umsonst gefallen, und dann sollen sie auf sein Denkmal schreiben: „Der Wanderer ins Nichts."

Die Wanderschaft Schlageters ist nicht den Weg ins Nichts gegangen. Schlageter ist heute der „nationale Held", der von den Hakenkreuzlern und der nationalistischen Presse aller Schattierungen gefeiert wird. Wieder stehen Nationalisten und Bolschewisten nebeneinander in engster Front. Beide feiern sie den Abwehrkampf, der damals unter der Führung der rheinischen Großindustriellen wegen einiger tausend Telegraphenstangen provoziert worden ist.

Der Reichskanzler des Ruhreinbruchs, Dr. Cuno, ist inzwischen auch den Weg ins Nichts gegangen. Sein Name aber wird in den Büchern der Geschichte unsterblich bleiben. Er ist der Mann, der durch seine Wahnsinnspolitik die Inflation heraufbeschwor, deren Folgen heute noch nicht restlos überwunden sind. Durch die Inflation wurden die Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterkräfte zum ersten Male entscheidend geschwächt. Viele Errungenschaften der Revolution gingen bereits damals verloren.

Indes feiern Nationalisten und Bolschewisten gemeinsam den Jahrestag der Ruhraktion.

*

Der Zerfall der deutschen Währung im Jahre 1923 hat auf die weltwirtschaftlichen Beziehungen erheblichen Einfluß gehabt. Zehn Jahre nach Beendigung der Ruhraktion befinden wir uns inmitten einer Wirtschaftskrise. Der Reichsfinanzminister der Republik hat am Dienstag vor dem Hauptausschuß des Reichstags das finanzpolitische Fazit gezogen. 2070 Millionen Fehlbetrag im Reichsetat. Wie diese 2 Milliarden jemals gedeckt werden sollen, ist schlechterdings nicht abzusehen. 2070 Millionen Mark kurzfristiger Schulden schleppt der Reichsfinanzminister in das neue Etatjahr hinein. Dabei betrug das Einnahme-Soll im Haushaltjahr 1932 7464 Millionen, während in Wirklichkeit nach den jüngsten Schätzungen nur etwa 6681 Millionen eingehen dürften. Zur Zeit des Kabinetts Müller balancierte der Reichsetat in Höhe von rund 1200 Millionen. Das geschätzte Einnahmesoll für 1932 beträgt reichlich die Hälfte dieser Summe. Dabei ist zu beachten, daß währenddes die Umsatzsteuer verdoppelt wurde und zahllose andere Steuern entweder neu eingeführt oder erhöht worden sind.

Wenn schon nicht abzusehen ist, wie diese 2070 Millionen Mark kurzfristiger Schulden gedeckt oder in langfristige Schulden umgeformt werden sollen, dann sind die finanzpolitischen Experimente, die vor allem unter

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19330111/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der Aera Papen eingeleitet worden sind, geradezu erschreckender Art. Durch allerlei Verpflichtungen des Reiches wird der Reichshaushalt in den Jahren 1933/37 mit 125 bis 200 Millionen Mark pro Jahr vorbelastet sein. Dazu kommen in den Jahren 1933 bis 1935 durchschnittlich 115 Millionen Mark zur Deckung der Kosten für das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Herrenreiter-Kabinetts v. Papen. Ferner die Vorbelastungen, die aus der Ausgabe der Steuergutscheine entstehen werden und die bei voller Inanspruchnahme 1934—1938 den Reichsetat mit jährlich 500 Millionen Mark belasten werden. Das sind insgesamt Vorbelastungen des Reichsetats für das kommende Jahrfünft in Höhe von etwa 800 Millionen Mark.

Wo ersteht der Finanzkünstler, der unter diesen Voraussetzungen den Mut zum Optimismus aufzubringen vermag. Glaubt jemand, daß das Großkapital, das jetzt die Subventionen und Bürgschaften, die Steuergutscheine gern entgegennahm, das seine Verluste sozialisieren ließ, in besseren Zeiten dem Reiche die Milliarden, wenn auch nur in Form von Anleiheemissionen, zur Verfügung stellen wird, damit dieses die Kosten der Wirtschaftskrise decken kann?

*

Just am Tage, an dem Herr von Schwerin-Krosigk jene schwarzen Zahlen im Hauptausschuß des Reichstages vorgetragen hat, meldet die Presse, daß die deutsche Regierung nunmehr einen weiteren Schritt auf dem Wege der „Gleichberechtigung" gegangen ist. Der Versailler Vertrag verbot der deutschen Regierung die Entsendung deutscher Militärmissionen zum Studium fremder Heere. Er gestattete zwar die Unterhaltung besonderer Militär- und Marineattachés bei den Auslandsvertretungen des Reichs. Von diesem Rechte aber wurde niemals Gebrauch gemacht. Jetzt ist Herr Schleicher dazu übergegangen, das Recht in Anspruch zu nehmen, von wegen der „Gleichberechtigung" auf militärischem Gebiet mit den anderen hochgerüsteten Staaten der Welt. Die Attachés bedürfen freilich der besonderen Anerkennung der Macht, bei der sie akkreditiert werden sollen.

Demnächst unterhält man sich erneut mit den Vertretern der ausländischen Hochfinanz über die Neuregelung der Stillhaltekredite. Der Reichsfinanzminister offenbart ein Defizit allein im Reichsetat von 2070 Millionen. Die Haushalte der kommenden Jahre sind durchschnittlich pro Jahr um wenigstens 800 Millionen vorbelastet. Gleichzeitig aber verkündet Herr von Schleicher, daß zur höheren Ehre des Reiches und zur Demonstration des Gleichberechtigungsprinzips die kostspieligen Militär- und Marinevertretungen im Auslande wieder installiert werden sollen.

Das verstehe wer will. Das ist echte Schleicher-Margarine. Margarine und Marine sind die Schlagworte der Zeit. Zehn Jahre nach der glorreichen Ruhraktion. Wahrlich: nichts gelernt und nichts vergessen.

00094

„Gleichberechtigung"

Berufung deutscher Militärattachés

CNB Berlin, 10. Januar.

Mit der Berufung von Militärattachés führt die Reichsregierung wieder eine Einrichtung ein, die seit dem Kriegsende nicht mehr bestanden hat. Das Versailler Diktat verbot zwar die Entsendung deutscher Militärmissionen zum Studium fremder Heere, gestattete aber die Möglichkeit der Unterhaltung von Militär- bzw. Marineattachés bei den deutschen Auslandsvertretungen. Für die Nichtentsendung solcher Attachés waren lediglich politische Erwägungen maßgebend.

Nachdem eine ganze Reihe anderer Staaten ihren Berliner Vertretungen Militärattachés beigegeben hat, ist wiederholt von ausländischer Seite an Deutschland mit der Aufforderung herangetreten worden, ebenfalls Militärattachés zu ernennen. Diesen Anregungen ist jetzt durch die angekündigten Ernennungen von Militär- und Marineattachés Rechnung getragen worden, da man in den zuständigen Kreisen der Auffassung ist, daß nach der grundsätzlichen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung die Berufung militärischer Sachverständiger bei den deutschen Auslandsmissionen zweckmäßig ist.

Die Militärattachés werden den einzelnen Missionschefs unterstellt und berichten, wie gemeldet, im engen Einvernehmen mit dem Missionschef. Insofern ist also ein gewisser Unterschied gegenüber den Militärattachés in der Vorkriegszeit, die selbständiger waren, und auch direkt an den Kaiser bzw. an ihre vorgesetzten Dienststellen berichteten.

Subventionierte Zeitungen

SPD Aus einer Denkschrift der Oberrechnungskammer über die Prüfung der preußischen Staatshaushaltrechnungen für das Rechnungsjahr 1930, die das preußische Staatsministerium jetzt dem Landtag zur Kenntnisnahme zugeleitet hat, ergibt sich, daß in den Jahren 1929 und 1930 „zur Pflege und Förderung kultureller Belange in den Grenzgebieten" **rund zwei Millionen Mark an bürgerliche Blätter verausgabt** worden sind. Kein sozialdemokratisches Blatt hat von diesen annähernd 2 Millionen Mark auch nur einen einzigen Pfennig erhalten. Wir heben das zur Illustration des Korruptionsgeschreies der rechtsradikalen Presse besonders hervor.

Die betreffenden Summen wurden über die mit staatlichen Geldern begründete „Zentrale Verlagsgesellschaft" verausgabt. Urheber dieser Gründung war der frühere preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, ihr Leiter dessen Vertrauensmann Buschmann. Ueber die Tätigkeit der „Zentralen Verlagsgesellschaft" heißt es in der Denkschrift der Oberrechnungskammer unter anderem:

„Von Beginn ihrer Tätigkeit — am 1. April 1929 — an verwendete die ZVG, die auch die Aktiven und Passiven eines andern, ähnlichen Zwecken dienen Verlages übernommen hatte, ihre Mittel im Geschäftsjahre vom 1. April 1929 bis 31. Dezember 1929 zunächst zu Beteiligungen bei der Kölner Verlagsanstalt und Druckerei AG, beim Generalanzeiger, Verlags-GmbH in Osterode, beim Stolper Generalanzeiger, GmbH, in Stolp und bei der Dr. Rudolf Dammert GmbH in Berlin. Ferner wurden Kredite gegeben an die erwähnte Kölner Verlagsgesellschaft, an die Köslinner Neuesten Nachrichten, an Mirbachs Telegraphenbüro in Berlin, an die Zeitung „Der Morgen" in Berlin, an die Deutsche Nachrichten- und Korrespondenzgesellschaft in Berlin, an den Presseverlag Dr. Dammert GmbH in Berlin sowie an die erwähnten Generalanzeiger in Osterode und Stolp. Die Aufwendungen für diese Zwecke betragen insgesamt 1 139 013 Mark. Auch im nächsten Geschäftsjahre — Kalenderjahr 1930 — wurden zu Beteiligungen bei der Kölner Verlagsanstalt und der Kieler Zeitung, sowie zu Kredithergaben an die Kölner Verlagsanstalt, die Köslinner Neuesten Nachrichten, die Deutsche Nachrichten- und Korrespondenzgesellschaft, den Presseverlag Dammert, die Generalanzeiger von Osterode und Stolp und den Ostpreußendruck, GmbH in Königsberg, insgesamt 847 103 Mark verausgabt. Ein „außerordentlicher Notstand", zu dessen Beseitigung diese hohen Staatsmittel aufgewendet werden mußten, ist von der Staatsregierung darin erblickt worden, daß in den Grenzgebieten, besonders den östlichen, keine oder zu wenig Zeitungen existieren, die die nationale Politik im Sinne der Staatsregierung stützten."

Vor einigen Monaten ist die „Zentrale Verlagsgesellschaft, GmbH, aufgelöst worden. Der größte Teil der von ihr als Darlehen oder Beteiligungen gewährten Geldmittel ist als verloren zu betrachten. Es sind hauptsächlich demokratische und volksparteiliche Zeitungen, die von diesen Geldmitteln profitiert haben.

Worte und Taten der KPD

Die „Rächer"

In Berlin haben die Kommunisten am Montag die in der Silvesternacht von einem SA-Führer ermordete Näherin Martha Künstler begraben. Am Dienstag begruben sie einen in der gleichen Nacht erstochenen Jungkommunisten.

Am Grabe sprachen in beiden Fällen Berliner Kommunistenführer, die Sowjetfahnen wurden gesenkt und alle Teilnehmer sangen mit erhobener Faust das Lied: **„Bald werden wir die Rächer sein".** In der „Roten Fahne" und allen KPD-Zeitungen seitenlange Artikel gegen die faschistischen Mörder und gegen die Hitlerpartei, in der sie zum Mord dressiert und von der sie zum Mord ausgeschickt seien. Und immer und überall das Gelöbnis, die Mordnester auszuräuchern, den im Dunkeln stehenden Anstiftern und Hintermännern das Handwerk zu legen und den Führern der braunen Arbeitermörder die Maske vom Gesicht zu reißen.

Am Dienstag, zur Stunde, als diese Artikel gelesen und die Reden gehalten wurden, befaßte sich in Dresden der Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages mit dem Antrag der Sozialdemokratie auf **Aufhebung der Immunität des Nazi-Abgeordneten Dr. Bennecke.** Dieser Bennecke ist der Führer der Dresdner SA, und zwar der Vorgesetzte der Mörder des Hentsch. Das Material häuft sich, das ihn der Anstiftung des Mordes oder mindestens der Begünstigung der Mörder dringend verdächtig erscheinen läßt. Hinter diesen Fememord zu leuchten, seine Urheber zu ermitteln, zu ergründen, wie die Mörder nach Italien kommen konnten, wer ihnen Geld und Pässe gab und wer diese Mord- und Fluchtorganisation der Nazipartei leitet, ist eine der notwendigsten und dringendsten Aufgaben.

Im Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages haben alle Parteien für die Aufhebung der Immunität Bennecks gestimmt, selbst die Nazis, da ohnehin eine Mehrheit für den sozialdemokratischen Antrag vorhanden sein mußte. **Nur eine Partei stimmte für Bennecke** und gegen die Einleitung des Strafverfahrens gegen ihn, indem sie sich der Stimme enthielt: **die KPD!** Jawohl: die Kommunistische Partei Deutschlands! Warum? Weil die Antiparlamentaristen und Moskauer Diktaturanbeter prinzipiell an der Immunität der Abgeordneten festhalten. **Solidarität für Bennecke und die Arbeitermörder!** So rächen die Helden die erschlagenen Arbeiter, so „kämpfen" sie gegen Hitler und den Faschismus!

„Klassenkampf" auf dem Lande

In den Landbezirken von Hannover betreiben die Kommunisten Bauernfang, der weder in den Methoden noch in den Mitteln von dem der Nazis zu unterscheiden ist. Stellenweise arbeiten Hitlerianer und Stalinisten Hand in Hand.

„Der Kleinbauernbund" hat jetzt an Hand reichhaltigen Materials die Methoden der KPD der Oeffentlichkeit bekanntgegeben. Es ist daraus zu ersehen, daß die kommunistischen Drahtzieher zu Propagandazwecken nicht einmal davor zurückschrecken, **die großen Hofbesitzer gegen Landarbeiter und Kleinbauern zu unterstützen.** So hatte beispielsweise „Der Kleinbauernbund" wegen rückständigen Lohnes für einen Landarbeiter gegen einen Hofbesitzer in Stöckt die Klage erhoben. Die später vom Gericht gegen den Hofbesitzer ausgesprochene **Zwangsversteigerung wurde gemeinsam von Nazis und Kommunisten verhindert.** Der Hofbesitzer ist Nazimann. Der arme Landarbeiter kann seinen sauer verdienten Lohn in den Schornstein schreiben.

Genosse Karl Renner

Der Präsident des österreichischen Nationalrates

Der Fünfjahresplan

Stalin gibt Richtlinien

OE Moskau, 10. Januar.

In den nächsten Tagen beginnt die Reihe der Tagungen der Zentralexekutivkomitees der einzelnen Teilstaaten der Sowjetunion, deren Abschluß dann am 20. Januar die Tagung des Zentralexekutivkomitees der Gesamtunion bilden wird. Seit Sonnabend lagt zur Vorbereitung dieser Session das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei mit der Zentralkontrollkommission und hier hat Stalin in einer längeren Rede Erklärungen abgegeben, die für die kommenden Beratungen des Zentralexekutivkomitees Richtlinien von maßgebender Bedeutung sein werden.

Stalin hat in seinen Ausführungen vor allem darauf hingewiesen, daß in dem nun in Angriff genommenen zweiten Fünfjahresplan die Industrialisierung nicht mehr in dem bisherigen Tempo durchgeführt werden wird. In Zukunft soll die jährliche Produktionssteigerung der Sowjetindustrie nur noch etwa 13 Prozent betragen, die nach seiner Darstellung bisher 22 Prozent betragen hat. Tatsächlich aber war in den ersten neun Monaten des vorigen Jahres auch schon nur eine Steigerung von 13 Prozent zu verzeichnen. Mit dieser Ziffer will man also jetzt den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Von wesentlicher Bedeutung waren ferner Stalins Ausführungen über die Entwicklung der Landwirtschaft. Er wies einerseits auf die Fortschritte der Kollektivierung hin, gab aber anderseits zu, daß die Kollektivwirtschaft und auch die Staatsgüter vorläufig zum großen Teil noch nicht rentabel sind und es erst in einigen Jahren sein werden. Auch in der Kollektivierungsfrage soll das Tempo nunmehr verlangsamt werden und der Nachdruck ist auf die organisatorische Festigung dieser Wirtschaftsform zu legen.

Kerenskis Besuch unerwünscht. Der ehemalige russische Ministerpräsident Kerenski wollte im Januar in Lettland Vorträge über Rußland halten. Das lettische Innenministerium hat aber Kerenski die Genehmigung zur Einreise nicht erteilt, da sein Aufenthalt in Lettland unerwünscht sei.

Japaner rücken weiter vor

WTB Tokio, 10. Januar.

Wie aus Tschintschau gemeldet wird, hat eine japanische Kavallerieabteilung das Städtchen Tschiumankau, das in der Nähe von Schanhaikwan auf der chinesischen Seite der Großen Mauer liegt, ohne Schwertstreich besetzt. Die Besatzung dieses Ortes, der einen Engpaß beherrscht, wird von japanischer Seite mit der Notwendigkeit begründet, das weitere Eindringen von Truppen Tschanghsuehliangs in die Provinz Jehol zu verhindern.

Selbstmord der Tochter Trotzkis

Aufenthaltserlaubnis verweigert

SPD Berlin, 11. Januar.

Die Tochter Leo Trotzkis, Frau Wolkow, hat sich in ihrer Wohnung in Berlin-Karlshorst aus Verzweiflung über die ihr drohende Ausweisung mit Gas vergiftet. Vor etwa einem Jahr hatte die preußische Regierung der Tochter Trotzkis, die zunächst ihren Vater ins türkische Exil begleitet hatte, dort aber schwer lungenleidend geworden war, die Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland zum Zwecke der Wiederherstellung ihrer Gesundheit bewilligt. Vor einiger Zeit wurde ihr nun aber die Ausstellung eines neuen Passes verweigert.

Auch einer der Söhne Trotzkis, der an der Technischen Hochschule studiert, wurde in den letzten Tagen mit der Ausweisung bedroht.

Arbeitsbeschaffung

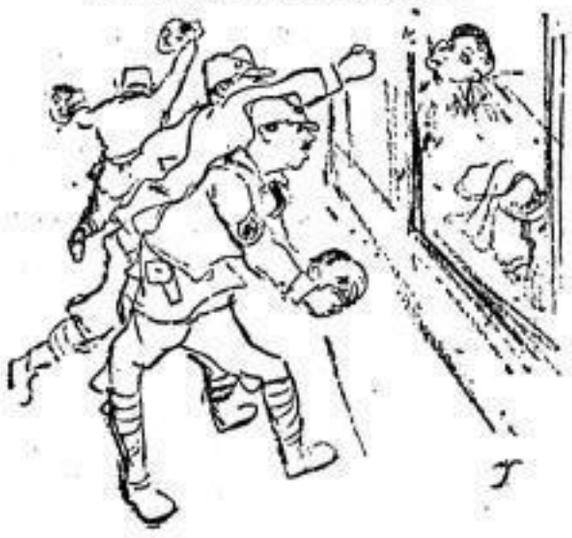
Debatte im Sozialpolitischen Ausschuß

SPD Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags begann am Dienstag mit der Beratung der Anträge zur Arbeitsbeschaffung. Reichskommissar Gereke erläuterte einleitend seine bereits bekannten Richtlinien.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Aufhäuser, Graßmann und Frau Schröder kennzeichneten den Arbeitsbeschaffungsplan als ungenügend und wandten sich vor allem dagegen, daß die Einstellungsprämien für die Unternehmer auch in diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm enthalten sind. Abg. Dr. Brauns (Ztr.) setzte sich für die nebenberufliche Siedlung ein. Der Abg. Dreher (NSDAP) brachte als Allheilmittel wiederum die Schaffung einer Binnenwährung in Vorschlag. Deutschnationale und Zentrum setzten sich dann mit besonderem Nachdruck für die Gleichberechtigung der privaten Stellennachweise mit den Arbeitsämtern ein.

Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Deutschland erwache!



Sprengstofflager der Nazis

SPD Wien, 10. Januar.

In Wien wurde am Dienstag wieder ein umfangreiches Sprengstofflager der Hakenkreuzler beschlagnahmt.

Durch die Anzeige eines von der Partei ausgeschlossenen SA-Mannes veranlaßt, nahm die Polizei in einem Hause in Mariahilf eine Haussuchung vor. Sie fand 40 Pakete mit Amonit, der von Hakenkreuzlern aufgestapelt worden war. Gewisse Spuren deuten darauf hin, **daß zwischen dieser Sprengstoffstelle der Wiener Hakenkreuzler und deutschen Nationalsozialisten enge Verbindungen bestehen.** Die Polizei hat zwei führende Mitglieder der Wiener Nazis verhaftet und auf Grund des Sprengstoffundes in den späten Abendstunden des Dienstag das Braune Haus in Wien zum Zwecke einer Haussuchung besetzt.

Tragt die Freiheitspfeile!

Feuer um Japan

Von Kurt Doberer

Hinter peitschenden Schüssen
blaublanker Pistolen
lauert Feuer aus Maschinengewehr.
Hinter Kulissen verbindlicher Phrasen
steht geduckt ein wildgewordenes Heer.

Tanks wollen vorwärts!
Endlose Bänder aus Stahl
wollen auf brechende Knochen treten.
Feuerfanal aus ruckenden Rohren
will wogende Felder jäten.

Gas will in Freiheit!
Propellerdröhnend will fliegender Mord
in lähmendem Grauen baden;
will Eisen splittern
in schwelendem Wirbel fleischfressender Schwaden.

Blut will der Moloch!
Es rasen Dämonen über den Erdteil
Menschen würgend — Menschen wie wir —
Feuer wütet um Japan!
Und ihr?

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19330111/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

530000095

Irlands Kampfansage

Von H. N. Brailsford, London

Schnell entschlossen hat De Valera seine Gegner mit der Auflösung des irländischen Freistaatparlaments überrascht. Die Wahlen, die für den 24. Januar festgesetzt sind, dürften für die zukünftige Stellung Irlands innerhalb oder außerhalb des Britischen Weltreiches entscheidend sein.

Vor einem Jahr hat der waghalsige und fanatische Führer der irischen Nationalisten durch eine knappe Mehrheit die Macht erobert. Als er sofort die Gelegenheit benützte, um einen wütenden Streit mit der britischen Regierung zu entfachen, da fühlte man: Ein Gespenst war ins Land der Lebenden zurückgekehrt.

Zwei Generationen lang war die irische Frage ein zentraler Streitpunkt der britischen Politik, den niemand vergessen konnte. Unsere eigene soziale und politische Entwicklung wurde verkümmert und gestört, bis endlich Irlands Forderung nach nationaler Selbstregierung durch die Gründung des irischen Freistaats Anerkennung fand. In den zehn Jahren, in denen konservative Ministerien unter Cosgrave den Freistaat regierten, verliefen die Beziehungen des Reiches zu seinem jüngsten Dominion friedlich und glücklich. Irland verbesserte seine Stellung als eine praktisch unabhängige Nation und schloß ein nach Ansicht unbefangener Beobachter recht günstiges finanzielles Abkommen mit London ab. Aber nach zehn Regierungsjahren wurde Cosgrave, der ein fähiger und realistischer Verwalter mit einer starken Hinneigung zu den begüterten Klassen ist, von den Stimmen der Kleinbauern knapp besiegt. Seine Besieger wurden von De Valera geführt, im Bunde mit der Arbeiterpartei, einer kleinen, mühselig um ihre politische Existenz ringenden Gruppe.

Die Engländer mußten plötzlich erkennen, daß die irische Frage noch immer ungelöst ist. De Valera begann damit, daß er der britischen Krone den Treueid verweigerte, der durch den Vertrag dem Freistaatparlament auferlegt war. Dann lehnte er Irlands Verpflichtung ab, die Jahressumme von etwa fünf Millionen Pfund Sterling zu bezahlen, die nach dem Vertrag von den irischen Bauern durch das irische Schatzamt zu leisten ist. Diese Zahlung stellt eine Rate des Kaufpreises dar, den die irischen Bauern für ihren Boden bezahlen, dessen zwangsweisen Rückkauf von den englischen Grundherren ihnen das britische Schatzamt vor dem Krieg ermöglicht hatte. De Valera erklärte nicht, wie er es hätte tun können, daß diese Zahlungen infolge des gewaltigen Preissturzes für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu einer drückenden Last geworden waren. Er leugnete Irlands Verpflichtung, überhaupt irgendetwas zu bezahlen. Hinter diesen augenblicklichen Streitpunkten lag ein viel bedeutsamerer verborgen. De Valera ist ein Republikaner, der von Anfang an gegen den Vertrag war, noch immer mit der Verbindung mit dem Britischen Reich nicht ausgesöhnt ist und auf die Gelegenheit wartet, absolute Unabhängigkeit für Irland zu fordern.

Was dann folgte, ist schnell erzählt. Wie es seine Art ist, führte De Valera seine zwei Maßnahmen durch, ohne die Regeln zu beachten, die sonst zwischen guten Nachbarn beachtet werden. Er verleugnete zwei Verpflichtungen, die frühere irische Regierungen feierlich übernommen hatten, und er tat es, ohne vorher den britischen Standpunkt auch nur angehört zu haben. Er handelte wie ein Mann, der es mit seinem Erbfeind zu tun hat. Fortgeblasen waren zehn Jahre guter und freundlicher Beziehungen; Irland schien an nichts anderes mehr zu denken als an die lange Liste bitterer Erinnerungen, angefangen von der Unterwerfung des Landes im Mittelalter bis zu den Grausamkeiten des letzten Freiheitskampfes. Es muß jedoch gerechterweise gesagt werden, daß De Valeras Standpunkt in beiden Angelegenheiten juristisch vertretbar war. Zweifellos gibt die Verfassung des Britischen Reiches jedem Dominion Freiheit, über Dinge wie einen parlamentarischen Treueid selbst zu entscheiden. Die Frage der Grundzahlungen ist zu kompliziert, um hier erörtert zu werden, ich kann nur sagen, daß ich nach Lektüre der von De Valeras Beratern vorgebrachten juristischen Argumente zugeben mußte, daß sie vor einem unparteiischen Gericht möglicherweise Erfolg haben könnten. Er brachte seinen Standpunkt in den veröffentlichten Noten so grob und plump vor, daß kaum ein Engländer verstanden haben dürfte, daß hier überhaupt ein juristisch vertretbarer Standpunkt vorlag. Jetzt war es natürlich leicht für den britischen Minister Thomas und die britische „Nationalregierung", echt imperialistische Vergeltungsmaßregeln anzuwenden. Die britische Regierung verweigerte Irland die Vorteile, die den anderen Dominions durch die Konferenz von Ottawa zufielen, und legte später, unter der Begründung, es sei Englands Recht, die Grundzahlungen durch Besteuerung der irischen Einfuhr nach England einzutreiben, erdrückende Strafzölle auf irische Rinder und Molkereiwaren. Diese Zölle brachten nicht die erwarteten finanziellen Eingänge; aber sie trieben Irlands Bauernschaft in den Ruin. Das war natürlich die Absicht. Die Keule der Wirtschaftsmacht wurde bedenkenlos angewendet, um einen Disput zu entscheiden, der von Rechts wegen einem Schiedsgericht hätte vorgelegt werden müssen. Zwar beteuerte jeder Teil seine Bereitwilligkeit, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen, aber während die britische Regierung verlangte, daß alle Richter in dieser Angelegenheit Staatsbürger des Britischen Reiches sein müßten, bestand De Valera auf der Zuziehung eines ausländischen Richters als Vorsitzenden. Mir scheint diese Forderung ganz vernünftig; die britische Arbeiterpartei hat sie unterstützt; aber die Regierung Macdonald wollte in diesem Punkt nicht nachgeben. Sie zieht eine brutale Kraftprobe vor. Im Zollkrieg liegt der Vorteil auf Englands Seite. Irland hat keinen anderen möglichen Markt für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Mein Gefühl, als dieser Streit begann, war einfach das des Aergers über seine Belanglosigkeit. Er brach über die Welt inmitten der schwersten Krise in der Geschichte des kapitalistischen Systems herein. Es war eine Zeit, wo es unsere Pflicht war, klar und mutig über wirtschaftliche Fragen nachzudenken und diesen Fragen als gute Internationalisten gegenüberzutreten. Was also konnte es für Menschen mit normaler Vernunft bedeuten, ob die Irländer im Treueid den Namen des Königs Georg aussprechen oder nicht? Konnten wir denn nie über das Unrecht hinwegkommen, das die Normannenkönige im zwölften Jahrundert an Irland getan hatten? Was konnte Irland durch eine nominelle Unabhängigkeit gewinnen, wo doch unsere moderne Welt durch unlösbare wirtschaftliche Bande zusammengehalten wird? Dieser irische Konflikt schien ein Druckfehler der Weltgeschichte zu sein, ein Versuch, von 1932 zu dem romantischen Nationalismus von 1848 zurückzukehren. Wollten wir die Welt noch weiter balkanisieren? Es schien bedauerlich, daß die irischen Sozialisten diesen bedenkenlosen altertümlichen Nationalismus unterstützten, wenngleich man es verstehen konnte, da De Valeras Einstellung gegenüber der Arbeiterschaft unvergleichbar freundlicher ist als die Cosgraves. In einem Landwirtschaftsstaat ist es eben schwer für eine sozialistische Partei, eine unabhängige Politik zu verfolgen.

Die Wahlen, die De Valera jetzt heraufbeschworen hat, bieten ein Feld für das Studium der Psychologie des Nationalismus, wie man es seltsamer in der heutigen Welt kaum finden könnte. Er hat durch sein unüberlegtes Vorgehen die irische Landwirtschaft an den Rand des Ruins gebracht. Die Bauern haben ihren Hauptmarkt verloren; sie haben kein Geld zur Bezahlung ihrer Schulden, ihrer Steuern, der Löhne ihrer Arbeiter. Er hat außerdem eine Richtung eingeschlagen, von der es kein Zurück mehr gibt. Er hat in Irland die ganze begüterte und Mittelklasse gegen sich. Außerdem die Intellektuellen. Anderseits hat er grausame Erinnerungen an längstvergangenes und jüngstgeschehenes Unrecht neu erweckt. Die Brutalität des britischen Ministers Thomas hat ihm geholfen; alle Kampfinstinkte eines ritterlichen Volkes sind auf seiner Seite. Er behauptet außerdem, daß er nur eine unvermeidliche Krise beschleunigt hat. Die internationale Zivilisation des Kapitalismus, erklärt er, sei im Zusammenbruch, und damit auch das Britische Reich. Irland müsse sich durch Vertrauen auf sich selbst retten, es müsse sein Wirtschaftsleben dem Ideal der Selbstgenügsamkeit anpassen. Es müsse aufhören, Vieh für England zu züchten, und anfangen, Weizen für sich selbst zu bauen. All dies hüllt sich in einen romantischen katholischen Idealismus, den manche seiner Anhänger als „christlichen Kommunismus" bezeichnen. Ich habe bei einem Besuch in Dublin vor einiger Zeit beim besten Willen nicht herausfinden können, was diese Doktrin eigentlich bedeutet. Nichtsdestoweniger, man erkannte hinter diesem altweltlichen Nationalismus die schattenhaften Umrisse eines Klassenkampfes, der die Front der Schuldner gegen die der Gläubiger reiht. Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß De Valera die Wahlen gewinnen wird, wenn auch mit knapper Mehrheit.

Von da an wird Irlands Geschichte ereignisreich sein.

Trümmerfeld auf Deck der „Atlantique"

Braune Sumpfblüten

Korruptionsskandale in Halle

SPD Halle, 10. Januar.

Im „Spar- und Vorschußverein" der Eisenbahnbeamten des Bezirks Halle sind große Unterschlagungen festgestellt worden, an dem zahlreiche Hitlerbeamte beteiligt sind. Hunderte von Beamten sind um ihre Spareinlagen und Geschäftsanteile gebracht worden.

Die Vorstandsmitglieder, Reichsbahn-Oberinspektoren, -Obersekretäre und -Sekretäre der Sparkasse haben sich gegenseitig „Darlehen" bis zu 20000 Mark zugeschoben, für die keine Deckung vorhanden ist. Auch Verwaltungsgelder der Reichsbahn sind auf diese Art verschwunden. An einzelne Beamte wurden 30—50 000 Mark „ausgeliehen". **Insgesamt soll die Reichsbahn um 90—100 000 Mark geschädigt sein. Die Mehrzahl der Betrüger sind eifrige Hitleranhänger.**

Gleichzeitig wird ein **zweiter Fall von Nazikorruption** in Halle ruchbar. Nach wochenlangen kriminellen Ermittlungen ist der bisherige — der Nazipartei angehörende — **Direktor des hallischen Schlacht- und Viehhofes Dr. Altenstein seines Dienstes enthoben** und ein kommissarischer Direktor ernannt worden. Dieses Musterexemplar von einem „Reiniger" hatte alte gelernte Arbeiter unter der Bezichtigung von Unredlichkeiten auf die Straße geworfen und dafür übel beleumundete SA-Leute angestellt. Auf Rechnungen wurden Beträge gezahlt, die dem Geleisteten bei weitem nicht entsprachen. Das so ergaunerte Geld wurde in Nazikneipen vertan. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Nazidirektor Anklage erhoben.

Longuet interpelliert

Der Waffenschmuggel nach Ungarn

SPD Paris, 11. Januar.

Die sozialistische Kammerfraktion hat den Abgeordneten Longuet beauftragt, die Regierung über die geheimen Waffensendungen von Italien über Oesterreich nach Ungarn zu interpellieren.

Der Populaire nimmt gegen die Haltung der österreichischen Regierung scharf Stellung und erklärt, es sei erwiesen, daß entgegen den Behauptungen des Kanzlers Dollfuß die nach Oesterreich eingeführten italienischen Maschinengewehre neu sind. Erwiesen sei auch, daß die von Italien kommenden Gewehre und Maschinengewehre nach Ungarn weiter transportiert worden seien. Der Direktor der Fabrik von Hürtenberg, Mandl, sei ein Vertrauensmann der Heimwehren, und die Waffen, deren Einfuhr nach Oesterreich die österreichische Regierung genehmigt habe, seien mit falschen Begleitbriefen versehen gewesen.

*

Kammer und Senat sind am Dienstagnachmittag zu der ordentlichen Tagung des Jahres 1933 zusammengetreten. In der Kammer wurde deren bisheriger Präsident Bouisson mit 401 von 462 Stimmen wiedergewählt. Bouisson gehört der sozialistischen Partei an.

Die nächste am Donnerstag stattfindende Sitzung ist der Antrittsrede Bouissons und der Festsetzung der Tagesordnung gewidmet. Der Senat wählt sein Präsidium erst am Donnerstag.

10,5 Milliarden Defizit in Frankreich

SPD Paris, 10. Januar.

In einem Kabinettsrat analysierte Finanzminister Chéron den vom Sachverständigenausschuß ausgearbeiteten Bericht über die Sanierung der Staatsfinanzen.

Aus einem über den Kabinettsrat herausgegebenen Kommuniqué ist ersichtlich, daß die Sachverständigen das Budgetdefizit auf 10,5 Milliarden Frank geschätzt haben und der Finanzminister zu seiner Beseitigung Ersparnisse von 5,3 Milliarden Frank und neue Steuern in Höhe von 5,4 Milliarden vorschlägt. Um das Defizit der französischen Eisenbahnen zu verringern, sollen die Eisenbahntransportkosten herabgesetzt werden. Ferner sollen rechtliche Maßnahmen zum Schutze der Sparer und zur Verringerung der Lebenshaltungskosten getroffen werden.

Generalstreik in Sevilla

WTB Madrid, 10. Januar.

Aus Sevilla wird gemeldet, daß die Gewerkschaften heute früh den Generalstreik erklärten. Es kam zu verschiedenen Zwischenfällen; auch Schießereien gab es, bei denen sechs Personen verletzt wurden. Die Polizei hat viele Verhaftungen vorgenommen.

Alles ganz „legal"

In der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz werden alle Meldungen über Bewaffnung und Illegalitätstendenzen in der SA als frei erfunden bezeichnet. Es ist anzunehmen, daß dieses Dementi auch die aus Schleswig-Holstein in die Oeffentlichkeit gelangten Meldungen treffen sollen. Demgegenüber erklären mehrere ausgetretene und ausgeschlossene frühere Unterführer der SA, daß das Dementi des Braunen Hauses falsch sei. Der aus der Nazipartei und der SA in Neumünster ausgetretene Unterführer Bierbaum betont auf Befragen, daß er vor Monaten auf den Widerspruch hingewiesen habe, der darin bestünde, daß Hitler immer wieder von neuem die Legalität der Partei beschwöre, daß aber auf der andern Seite **die SA für illegale Kämpfe in jeder Hinsicht vorbereitet werde.** Darauf sei ihm die Antwort gegeben worden, er solle den Mund halten, das gehe ihn gar nichts an.

Auch in Schlesien wird, wie der Soz. Pressedienst berichtet, die militärische Ausbildung der SA noch fleißig weiter betrieben. In dem durch zahlreiche Gewalttaten der Heinesgardisten zu trauriger Berühmtheit gelangten schlesischen Städtchen Kanth finden für die SA nach wie vor an jedem Freitag Uebungsabende statt, an denen **die SA- und SS-Leute in der Handhabung moderner Schußwaffen unterrichtet werden.** Die Polizei hat gegen diese Bürgerkriegsvorbereitungen bisher keine Maßnahmen getroffen. Die Schießausbildungsabende der Kanther SA finden in einer Scheune des Stadtkämmerers statt.

Hitlerjungen verschwunden

SPD Vier Mitglieder der Hallenser Hitlerjugend, die ihrem inzwischen abgesetzten Führer Sickel die Scheiben eingeworfen hatten und von diesem bei der Polizei angezeigt worden waren, sind seit einigen Tagen spurlos verschwunden. Anscheinend aus Angst vor der polizeilichen Verfolgung oder aber aus Furcht, von der Parteifeme „gehentscht" zu werden. Unter den Verschwundenen befindet sich ein Gymnasiast, der von der Schule gewiesen wurde, vom Preußenkommissar Kähler aber amnestiert worden ist.

Neue badische Regierung

SPD Karlsruhe, 10. Januar.

Der Badische Landtag wählte am Dienstag den Staatspräsidenten Justizminister Dr. Schmidt wieder für ein Jahr zum Staatspräsidenten. Die Wahl des Innenministers fiel auf den Ministerialrat im Justizministerium Dr. Umhauer, der politisch zur Deutschen Volkspartei zählt, und zu den Führern der evangelischen Rechtskreise gehört.

Die geplante Wahl eines Staatsrats mußte im letzten Augenblick ausgesetzt werden, weil bekannt wurde, daß gegen den von der jetzigen Regierungskoalition Zentrum, Volkspartei und Wirtschaftspartei vorgeschlagenen Kandidaten, einen wirtschaftsparteilichen Abgeordneten, der Vorsitzende des badischen Hausbesitzerverbandes und Direktor der zusammengebrochenen Landesbank für Haus- und Grundbesitz ist, eine Strafanzeige wegen Bilanzverschleierung und verschiedener sonstiger Delikte erstattet worden ist.

Auswärtiger Ausschuß einberufen

VDZ Berlin, 10. Januar.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden, Abg. Dr. Frick (Natsoz.), für Freitag, den 20. Januar, einberufen worden.

Die umfangreiche Tagesordnung sieht neben der Behandlung einer Beschwerde der kommunistischen Ausschußmitglieder wegen angeblicher Verletzung der Immunität des kommunistischen Ausschußmitgliedes Schehr-Hannover die Fortsetzung der Aussprache über Tribute, Auslandsschulden und Abrüstungskonferenz vor. Außerdem sollen behandelt werden die Ostfrage, der Schutz der deutschen Minderheiten im Auslande und die handelspolitische Lage Deutschlands.

Verantwortlich:
Für redaktionellen Teil: Emil Rauch, Leipzig.
Für Inseratenteil: Hugo Sebstand, Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei A.-G., Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19330111/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

00096

Weniger Betriebsstillegungen

Im Dezember 1932 sind beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 232 Anzeigen über beabsichtigte Betriebseinschränkungen und -stillegungen eingegangen gegen 270 im Vormonat und 507 im Dezember 1931. Auch die auf Grund der Anzeigen vorgenommenen Entlassungen bleiben ebenso wie in den vergangenen Monaten erheblich hinter den vorjährigen zurück. Von den 22 337 Arbeitern und 1339 Angestellten, die im September in den 185 anzeigenerstattenden Betrieben beschäftigt waren, wurden nach Ablauf der in der Regel vier Monate dauernden Sperrfrist, also größtenteils im Oktober, 2705 Arbeitnehmer entlassen, während in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre 11 308 bzw. 9550 Arbeitnehmer ihre Stelle verloren. Fünf Betriebe entließen sämtliche 391 Arbeitnehmer und 65 nur einen Teil des beschäftigten Personals. In 84 Fällen wurden die beabsichtigten Entlassungen nicht vorgenommen und in 31 Fällen fand die Stillegungsverordnung keine Anwendung. Festgestellt sei noch, daß die gleichzeitig erfolgten Wiedereinstellungen von Arbeitskräften (über 19 060 nach der Krankenkassenstatistik) den Umfang der Entlassungen beträchtlich übertreffen.

Rundfunk

Leipzig (770 kHz, 120 kW) Welle 389,6
Dresden (941 kHz, 0,25 kW) Welle 318,8

Leipzig—Dresden **Donnerstag, 12. Januar**

6.15: Funkgymnastik.
6.35—8.15: Frühkonzert.
9.40: Wirtschaftsnachrichten.
9.45: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen, Verkehrsfunk und Tagesprogramm.
9.55: Was die Zeitung bringt.
11.00: Werbenachrichten.
12.00: Meister ihrer Instrumente (Schallplatten).
13.00: Nachrichtendienst, Schneemeldungen, Wetterdienst, Zeit.
13.15: Orchesterkonzert (Schallplatten).
Anschließend: Börsenbericht.
14.00—14.30: Filmberichte.
15.35: Wirtschaftsnachrichten.
16.00: Nachmittagskonzert. Das Emde-Orchester, Leipzig.
17.30—17.35: Wettervoraussage und Zeitangabe.
17.50: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen.
18.00: Achtung, Schiläufer! Priv.-Dozent Dr. Ernst Bellmann.
18.15: Steuerrundfunk.
18.30: Wir geben Auskunft.
19.00: Der Mensch im Industrieraum. „Welt und Umwelt des Arbeiters." Karl Kanich, Leipzig.
19.30: Professor Bertrand Roth spielt Beethoven.
20.00: „Boykott". Hörspiel von Arnold Ulitz.
21.15: Abendkonzert. Das Erwerbslosenorchester Chemnitz.
... Emil Briesen.
22.15: Nachrichtendienst.
Funkstille.

Deutsche Welle **Donnerstag, 12. Januar**

6.15: Funkgymnastik.
6.20—8.00: Frühkonzert.
10.00: Neueste Nachrichten.
11.00: Deutscher Seewetterbericht.
12.00: Opern- und Konzertouvertüren (Schallplatten).
13.35: Neueste Nachrichten.
14.00: Konzert.
15.00: Musikalische Kinderstunde.
15.45: Gottfried Keller „Tanzlegendchen".
16.00: Die Lektüre unserer Kinder.
16.30: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Berlin.
17.10: Viertelstunde Funktechnik.
17.30: Tägliches Hauskonzert. Italienische Opern-Arien.
17.55: Kleines literarisches Rätselraten mit Parodien von Hans von Gumppenberg.
18.25: Musikalischer Zeitspiegel. Das Blasinstrument in der neuen Musik.
18.55: Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes.
19.00: Deutsch für Deutsche (Umgangssprache).
19.30: Das Gedicht.
19.35: Mehr Kalk den deutschen Böden.
19.55: Einführung zum Vivaldi-Bach-Konzert.
20.05: Aus der Philharmonie: III. Konzert mit dem Philharmonischen Orchester.
Während einer Pause gegen 20.40: Worte zur Winterhilfe.
21.10: Uebertragung Wien: Aus Wiener Operetten.
22.20: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
22.45: Deutscher Seewetterbericht.
Anschließend bis 24.00: Tanzmusik.

Versammlungskalender

Mittwoch, 11. Januar 1933.

Deutscher Freidenker-Verband, Ortsgruppe Paunsdorf-Stünz (Funktionäre), Restaurant Ostheimecke, 20 Uhr.
Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Engelsdorf, Heim, Hauptstraße, 20 Uhr.

Donnerstag, 12. Januar 1933.

Deutscher Freidenker-Verband, Ortsgruppe Osten, (Funktionäre), Arbeiterheim, 20 Uhr.
Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Leipzig-West (Funktionäre), Zwei Linden, 20 Uhr.
Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Leipzig-Süd (Funktionäre), Goldener Stern.

Manneschwäche anregend, erfolgreich, kräftigend, bei vorzeitiger Erschlaffung das hochwertige Sexualnervenkräftigungsmittel **Errectogen.** König-Salomo-Apotheke, Grimm. Str. **17** (bei Nikolaistr.).

Möbel-Anders
Tischlermeister
Der zuverlässige Möbelfachmann
Liebigstraße 6
beweist seine große
Leistungsfähigkeit
durch einen
Werberabatt
von
20 %
auf alle Kassakäufe
vom 9. bis 31. Januar
Nie wieder so billig!

Sparkasse Liebertwolkwitz.
Günstige Verzinsung aller Kapitalanlagen
Girokasse Leipzig Konto Nr. 88
Postscheckkonto Leipzig 114 30.

Familien-Nachrichten

Unseren langjährigen Parteigenossen, sowie treuen Anhängern unserer Turnbewegung

Friedrich Rothe
und Frau

die herzlichsten Glückwünsche zur
SILBER-HOCHZEIT

Ortsverein der SPD. Markkleeberg
VfK. e. V. Markkleeberg, M. d. A.-T.-B.

Nach langem, schwerem, mit unendlicher Geduld ertragenem Leiden erlöste heute nacht ein sanfter Tod meinen lieben Mann, unseren guten, unvergeßlichen Vater, Groß- u. Schwiegervater, Schwager und Onkel

Moritz Louis Neuber

im 71. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerze zeigt dies an
Anna Neuber geb. Seidenfaden
im Namen aller Hinterbliebenen

Leipzig W 33, den 10. Januar 1933
Queckstr. 1, III l.

Die Einäscherung erfolgt Freitag, den 13. Januar 1933, ½12 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus.

Glaser-Krankenkasse

Sonnabend, den 14. Januar 1933, abends 7 Uhr

Generalversammlung

im **Volkshaus,** Zimmer 9

Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kassenbericht. 2. Anträge.
DER VORSTAND.

Der Kulturwille
Monatsschrift für Kultur der Arbeiterschaft

Berichte über Theater, Bücher, Filme
Sonderhefte über Justiz, Abrüstung, Musik, Radio, alte und neue Literatur, sozialistische Arbeiterbildung
Bilder, Reiseblätter, Arbeiterdichtung
Schriftleitung: Heinrich Wiegand, Leipzig

Der Kulturwille kostet vierteljährlich (3 Hefte) 1 RM. Er ist durch alle Postanstalten und Buchhandlungen zu beziehen. Auslandsbezug nur durch den Verlag
Alle Korrespondenzen und Geldsendungen sind zu richten an: Leipziger Buchdruckerei AG Verlag des Kulturwille, Leipzig C 1, Tauchaer Straße 19-21. Ruf 72206

Neues Theater.

Augustusplatz — Fernruf 214 15

Mittwoch, den 11. Januar 1933, 16 Uhr
Vorstellung zu kleinen Preisen
Im weißen Rößl
Singspiel in drei Akten (frei nach dem Lustspiel von Blumenthal u. Kadelburg) von Hans Müller. Musik von Ralph Benatzky — Texte der Gesänge von Robert Gilbert — Musikeinlagen von Bruno Granichstädten, Robert Gilbert, Robert Stolz. Musikalische Leitung: Wilhelm Schleuning. In der Bearbeitung von Erik Charell (Großes Schauspielhaus, Berlin)

Mittwoch, den 11. Januar 1933, 20½ Uhr
232. Anrechts-Vorstellung (4. Folge, grau)
In der Neuinszenierung
Cavalleria rusticana
Oper in einem Aufzug. Dem gleichnamigen Volksstück des G. Verga entnommen von G. Targioni und G. Menasci. Musik von Pietro Mascagni. Musikalische Leitung: Gustav Brecher. Inszenierung: Walter Brügmann.
Personen: Santuzza, eine junge Bäuerin (Marga Dannenberg); Turiddu, ein junger Bauer (Heinz Daum); Lucia, seine Mutter (Lotte Dörwald); Alfio, ein Fuhrmann (Max Spilcker); Lola, seine Frau (Ebla Moskalenko)
Landleute, Kinder
Ort der Handlung: Ein sizilianisches Dorf
Pause
Der Bajazzo
Oper in 2 Akten und 1 Prolog. Dichtung und Musik von R. Leoncavallo. Musikalische Leitung: Gustav Brecher. Inszenierung: Walter Brügmann.
Canio, Haupt e. Dorfkomödiantentruppe — In der Komödie: Bajazzo (August Seiber);
Nedda, sein Weib — Colombine (Maria Lenz);
Tonio, Komödiant — Taddeo (K. Aug. Neumann);
Beppo, Komödiant — Harlekin (Hans Fleischer);
Silvio, ein junger Bauer (Th. Horand); Ein Bauer (Lothar Genein)
Landleute und Gassenbuben
Zeit u. Ort der wahren Begebenheit: Bei Montalto in Calabrien am 15. August 65
Einl. 19¾ Uhr. Anf. 20¼ Uhr. Ende ungefähr 23 Uhr
Preise der Plätze 70 Pfg. bis 7.— Mk.
Donnerstag, den 12. Januar, 20 Uhr: 224. Anr.-Vorst. (2. Folge, rot): Die Czardasfürstin.

Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. — Tel. 30957/32111

Mittwoch, den 11. Januar 1933, 16 Uhr
Zum 26. Male!
Dornröschen
Ein fröhliches Weihnachtsspiel in 10 Bildern von Otto Birkel
Preise der Plätze —.50, —.90, 1.40, 2.—, 2.50 Mk.

Mittwoch, den 11. Januar 1933, 20 Uhr
13 bei Tisch
Komödie in drei Akten von Rudolf Eger. Spielleitung Otto Kasten. Bühnenbild W. Eisold.
Personen: Farell, Paris (Helmut Rudolph); Morrison, London (Kurt Paulus); Sternberg, Berlin (Reinhold Balqué); Mühldorfer, Wien (Hans von Zedlitz), Vanderfink, Brüssel (Karl Walden); Mme. Lenz-Roselli, Rom (Gertrude Langfelder); Nelly (Irmgard Willers); Guilbert (Wilhelm Straube); Thibaut: (Rudolf Schaffgans); Charley (Horst Bergner); Gräfin (Melanie Krüger-Michaelis); Mme. Henriette (Helle Ruth Weiblich); Agnes (Grete Carlsen); Jerome (Robert Zimmermann); Diener (Helmut Winzer); Boy (Gerhard Werner). Mannequins.
Das Stück spielt in Paris
Pause nach dem zweiten Akt.
Einlaß 19½ Uhr, Anfang 20 Uhr, Ende 22 Uhr
Donnerstag, den 12. Januar, 20 Uhr: Zum letzten Male: **Ich habe einen Engel geheiratet.**
Freitag, den 13. Januar, 20 Uhr: Robert und Bertram.

Sonnabend, 14. Januar 1933, 23 Uhr, im Alten Theater **Nachtvorstellung**

zugunsten der Winterhilfe

unter dem Protektorat des Herrn Oberbürgermeisters **Dr. Goerdeler,** veranstaltet von der Direktion des Alten Theaters und dem Mitteldeutschen Rundfunk

„Der Intendant in der Klemme"

Intermezzo in zwei Akten von Domenico Cimarosa / Bearbeitung und neuer Text von Dr. Ernst Latzko / Musikalische Leitung: Theodor Blumer
Orchester: **Das Leipziger Sinfonie-Orchester** / Spielleitung: Hans Peter Schmiedel

Personen:
Herr Ahnungslos, Intendant . . . . Oskar Lassner
Herr Dr. Größenwahn, Generalmusikdirektor . Hanns Fleischer
Herr Langweilig, Dramaturg . . . . Theodor Horand
Frl. Tremolina } — Claire Gerhardt-Schulthess
Frl. Detonia } Sängerinnen . . . . Marg. Krämer-Bergau
Frl. Astmalie } — Irma Beilke
Herr Vincenz Lämmchen, Theaterdiener . . . Herb. Schall
Herr Dementi, ein Journalist . . . . Carl de Giorgi
Eine Zofe . . . . Käthe Vanden

Zeit: Sowohl um 1875, wie überhaupt immer, seit Bestehen des Theaters.
Ort: Ueberall, wo Theater gespielt wird.
Szenen und Kostüme nach Entwürfen von Lothar Schneider.
Karten zum Preise von M. —.50 bis 5.50 **nur** an der Kasse des Alten Theaters

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz — Fernruf 214 16

Mittwoch, den 11. Januar 1933, 16 Uhr
Vorstellung zu kleinen Preisen
Die Nachtigall und das kleine Küchenmädchen
Ein Märchenspiel in 8 Bildern (nach Andersen) von Hans Peter Schmiedel. Musik von Heinz Fritzsche. In Szene gesetzt von Peter Stanchina. Musikalische Leitung: Georg Kießig. Bühnenbilder: Franz Nitsche

Mittwoch, den 11. Januar 1933, 20 Uhr
Oeffentliche Vorstellung
zugleich Anrechts-Vorstellung 9 A
In der Neuinszenierung
Die kleinen Großen
Drei Einakter von Bernard Shaw.

Die schwarze Dame der Sonette.
In Szene gesetzt von Hans Zeise-Gött.
Der Mann (Raimund Bucher); der Leibgardist (Walter Kiesler); Königin Elisabeth (Martina Otto); die Dame (Irmgard Fischer).

Die große Katharina.
Eine Skizze in vier Szenen aus dem Petersburger Hofleben des 18. Jahrhunderts.
In Szene gesetzt von Peter Stanchina.
Katharina, Kaiserin v. Rußland (Lina Carstens); Potemkin (Max Nemetz); Varinka (Karin Vielmetter); Rittmeister Edstaston (Joachim Gottschalk); Claire, seine Braut (Grete Berndt); Naryschkin (Wilhelm Engst); Fürstin Liewen (Lisa Helwig); ein Feldwebel (Albert Garbe).

Der Mann des Schicksals.
(Der Schlachtenlenker.)
Komödie in einem Akt.
In Szene gesetzt von Theodor Haerten a. G.
Napoleon (Max Nood); ein Leutnant (Peter Elsholtz); eine fremde Dame (Margarete Anton); Giuseppe Grandi, Gastwirt (ArturNiklas).
Pause nach „Die große Katharina".
Einl. 19½ Uhr. Anfang 20 Uhr. Ende nach 22½ Uhr
Preise der Plätze 50 Pfg. bis 6.— Mk.
Donnerstag, den 12. Januar, 20 Uhr: Zum 16. Male: Florian Geyer.
Freitag, den 13. Januar, 20 Uhr: Oeffentliche Vorst., zugl. Anr.-Vorst. 9 B. Neuinszenierung: Die kleinen Großen. 3 Einakter von Bernard Shaw. Die schwarze Dame der Sonette. — Die große Katharina. — Der Mann des Schicksals.

Verkäufe

Achtung!
Durch Auflösung einer Herrenkleiderfabrik erwarb ich Restposten bester Ulsterpaletots, Wintermäntel, Herrenanzüge, bis **75%** unter Preis!! Verkaufe diesen Posten direkt an Private! Verkaufspreise bis 49.— jetzt 20.—. Maßqualitäten bis 80.— nur 30.—. Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit! Wuhl, Engros- und Detailverkauf, Katharinenstraße 7, 1. Etage, neben Meßamt. *

Kleines **Vertiko** billig zu verkaufen. Henricistr. 38, p. l.

Matratze für Gartenzwecke für 8 M. zu verkaufen. Bergstraße 19, I r.

Nur Kirchstr. 65
Spanischer Weinkeller 65 Kirchstr. 65
Mein Volksgetränk ist: **Wermut** 1.06 bis 2.20
Süd- u. deutsche Weine
Spirituosen und Liköre
Prima Qualität, besond. preiswert
Lieferung frei Haus, Versand nach auswärts

Lautsprecher Telefunken 10 M. Kleine, Zweenfurth, Triftweg.

Köhler
DIE BESTE
Nähmaschinen, Reparaturen, Teile. Schuhmacherg., Speckshof *

Zurückgeholte Fahrräder billig. **Fahrrad-Preißer** Dresdner Str. 28. *

Wasch-Wannen Körbe in Qualität, billig. Reparaturen schnell. Böttcherei Fröhlich. **Lindenthaler Str. 40.** *

Wen bevorzugen unsere Freunde

Engel-Apotheke
Dr. E. Mylius
Markt Nr. 12

Paul Esch, Feinbäckerei
Leipzig O 27, Glafeystraße 1 — Tel. 664 45

Hubertus-Apotheke • Leipzig-Anger
Ecke Zweinaundorfer u. Martinstr. Fnspr. 60165
Carl Schneider
Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Alfred Röthig, Feinbäckerei
Leipzig O 27, Ferdinand-Jost-Straße 32

Ernst Sander, Markranstädt
Eisenwaren, Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte

Kachelöfen
Rheinische Küchenherde, zu konkurrenzlos billigsten Preisen gibt ab
Ofen-Zentrale, Leipzig C 1, Roßplatz 12-13 *

Kaufgesuche

Wir kaufen alle Sorten rohe Felle zu höchsten Tagespreisen. **Stein & Wischnia** Reichsstraße 14, Laden 18. *

Diverses

Zahnersatz Reparaturen
Sprung 1.50
Zahn befestigen 1.80
Zahnpraxis Kuhn, Wurzner Str. 77. *

Leidende!
bevor Sie unnütze kostspielige Versuche machen, verlangen Sie sofort kostenfreie Druckschriften über das von Prof. Dr. med. Friedenthal ausführlich erprobte und begutachtete Indische Kräuterpulver von Labor. **Ernst Hilbert, Leipzig N 26.** *

Tafellieder etc. für Familienfestlichkeiten werden angefertigt. Aufträge Kolonnadenstr. 22, Aufg. B I I. *

Umtausch von Schallplatten von 20 ₰ an. Nur Hospitalstraße 2, gegenüb. Grassimus. *

Der Weg zum Erfolg
wird Ihnen bekannt d. inserieren in der
Leipziger Volkszeitung

Wohnungen

Berufstätiges Ehepaar sucht per 1. 2. 1933 zweifenstriges leeres **Zimmer** mit Kochofen. Preisangebot unter V. 81 Filiale dies. Blatt., Zeitzer Straße 32.

Leipziger Neues
Operetten-Theater
Telephon 22484 — Dr. V. Eckert
Täglich 8 Uhr (Freitag, 13. Januar, zum 25. Male)
„Glückliche Reise"
Musik von Eduard Künneke

Sonnabend nachm. 4 Uhr: Einmalige Wiederholung
„Der Märchentante Bilderbuch"
Preise: 30 Pfennig bis 1.50 Mark

Volkshaus Lützschena
Verkehrslokal aller Arbeitervereine
Straßenbahn 29 — Telephon 57322
Beste Verpflegung zu kleinen Preisen. — Leipziger Volkshaus-Weine
Zu erreichen durch die herrliche Elsteraue *

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19330111/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aus Nah und Fern

Wieder Explosion in Premnitz

Rathenow, 10. Januar.

Im Werk Premnitz der J. G. Farben ereignete sich heute nachmittag zwischen 3 und 3/4 4 Uhr wieder ein Explosionsunglück, bei dem es einige Schwer- und Leichtverletzte gegeben haben soll. In der sogenannten Versuchsabteilung zersprang mit lautem Knall ein größeres Leitungsrohr. Die Trümmer richteten in weitem Umkreise große Verwüstungen an. Die Firma ließ das Werk sofort nach dem Unfall sperren, so daß es bisher nicht möglich war, näher an die Unfallstelle heranzukommen.

Tragischer Tod

SPD Berlin, 11. Januar.

In Berlin-Lichtenberg wurde am Dienstag in einer Laubenkolonie eine rätselhafte Mordaffäre aufgedeckt. Der 35 Jahre alte Kriegsinvalide Paul Hanke wurde dort mit einem andern bis jetzt noch unbekannten Mann tot aufgefunden. Hankes Leiche weist keine Verletzungen auf. Der unbekannte Tote scheint mit einem Hammer erschlagen zu sein. Man nimmt an, daß Hanke von einem Unbekannten überfallen wurde. Hanke hat wahrscheinlich den Angreifer nach einem furchtbaren Kampfe mit einem Hammer erschlagen, ist dann aber, da er schwer herzleidend gewesen sein soll, wohl einem Herzschlag erlegen.

Ein Rheindampfer beschossen

CNB Koblenz, 10. Januar.

Auf den französischen Schleppdampfer „Condor" aus Straßburg wurde bei Kaub von den Hängen der Berge auf der linken Rheinseite scharf geschossen. In wenigen Minuten wurden **etwa 20 Schüsse auf den Dampfer abgefeuert.** Der Dampfer gab Notsignale. Da sich das Personal der französischen Schiffahrt seit Tagen wegen Lohndifferenzen im Streik befindet, besteht der Verdacht, daß es sich um einen Racheakt gegen Streikbrecher handelt. Die polizeilichen Ermittlungen wurden sofort aufgenommen.

Schneesturm auf dem Balkan

WTB Bukarest, 10. Januar.

In der nördlichen Moldaugegend wütet seit zwei Tagen ohne Unterbrechung ein **außerordentlich heftiges Schneegestöber.** Da die Lage immer gefährlicher wird, wurde Militär gerufen, um bedrohten Städten Hilfe zu leisten. Auf der Donau wurde der Verkehr vollkommen lahmgelegt. Auch zahlreiche Züge konnten nicht verkehren.

In Nordgriechenland haben **starke** Schneefälle eingesetzt. In einigen Gegenden Mazedoniens ist die Temperatur auf 10 Grad unter Null gesunken.

Verkehrsunglück im Nebel

London, 10 Januar.

Ueber ganz England herrschte am Dienstag ein außerordentlich dichter Nebel, wie er schon seit langem nicht mehr erlebt wurde. Ueberall kam es zu starken Verkehrsstockungen. So ereignete sich im Themse-Tunnel ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Lastwagen, wobei 11 Personen verletzt wurden. In Portsmouth war der Nebel so dicht, daß das Flaggschiff der englischen Heimatflotte „Nelson" und das Schlachtschiff „Hood" nicht zu den am Dienstag begonnenen Frühjahrsmanövern auslaufen konnten.

Das Eisenbahnunglück in Bukarest

WTB Bukarest, 10. Januar.

Bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe des Nordbahnhofes sind acht Personen getötet worden. Zwölf Passagiere wurden schwer und zahlreiche leichter verletzt. Nach den bisherigen Feststellungen ist der Schnellzug angeblich infolge falscher Weichenstellung und weil die Sicht durch starkes Schneetreiben und Nebel behindert war, von hinten in den Personenzug hineingefahren.

Die Hitlerpartei vermehrt sich

Aus Detmold wird gemeldet: In einer Wahlversammlung der NSDAP am Montag in Hohenhausen, mußte Adolf Hitler seine Rede unterbrechen. Bei einer Besucherin war unerwartet schnell ein kleiner Erdenbürger angekommen, was zur Folge hatte, daß die Versammlung auf 10 Minuten unterbrochen werden mußte. Wie die Tel.-Union verkündet, versprach Adolf Hitler, am kommenden Sonntag zur Taufe des jungen Lippers zu erscheinen. Wie wir hören, wird erwogen, zu diesem welterschütternden Ereignis die ganze Hitlerjugend und SA aufmarschieren zu lassen.

Der Schiffsarzt der Niobe, Dr. Sander, wurde an der Südspitze von Laaland von dänischen Fischern geborgen. Der Tote wird in seiner Heimat Hofgeismar bei Kassel beigesetzt werden.

Zur Explosions-Katastrophe auf der Inselfestung Sveaborg

Die Kasematten des Forts Mac Elliot, das zerstört wurde

Karte von Finnland

mit der Inselgruppe Sveaborg, auf derem am weitesten seewärts gelegenen Teil das Fort Mac Elliot liegt

Entlarvte Nazi-Schwindler

„O je, jetzt fällt er rein!"

SPD Frankfurt a. M., 10. Januar.

Der Mordprozeß gegen die drei SA-Leute Stubenrauch, Arzt und Eich wegen gemeinsamer Ermordung der Geliebten des Stubenrauch hat eine **sensationelle Wendung** genommen. Seit einigen Monaten und während des Prozesses haben die drei Angeklagten, im Gegensatz zu ihrem anfänglichen Geständnis, eine Einheitsfront der Ableugnung gebildet und sich gegenseitig entlastet. Durch eine unbedachte Aeußerung des Angeklagten Eich und einem Teilgeständnis dieses 17jährigen Angeklagten ist am Dienstag eine Bresche in diese Einheitsfront gelegt worden.

In der Dienstagnachmittagsitzung hatte ein Sachverständiger an den Hauptangeklagten Stubenrauch die Frage gestellt: „Haben Sie vom Ufer aus, als Sie kurz vor dem Tode der Emma Buse dort mit ihr intim verkehrten, auf der Eisenbahnbrücke Ihre Freunde beobachten können?" Als Stubenrauch diese Frage bejahte und ausdrücklich erklärte, daß er im Lichtkegel der Brückenlampe Gestalt und Gesicht des Eich genau erkannt hätte, sagte der neben Stubenrauch sitzende Angeklagte Eich: **„O je, jetzt fällt er rein! Man kann das nicht sehen, ich habe das ausprobiert."**

Als sich später das Gericht um 18.30 Uhr bei voller Dunkelheit zu einem Lokaltermin an der Mordstelle auf der Main-Neckar-Brücke versammelt hatte, richtete der Staatsanwalt plötzlich an den jungen Eich die Frage: „Wann haben Sie das ausprobiert, daß man von da unten hier oben einen Radfahrer nicht sehen kann?" Ohne sich der Tragweite seiner Antwort bewußt zu werden, sagte Eich: „Im Sommer 1932!" Eich erklärte dann im einzelnen, daß er mit zwei Freunden eine Radtour gemacht habe, sie habe vorfahren lassen, um vom Ufer aus zu beobachten, ob man die Radfahrer auf der Brücke sehen könne. Er habe dabei festgestellt, daß das unmöglich sei.

Durch diese Aussage des Eich ist erwiesen, daß die Mordkomplicen sich kurz nach der Tat einen genauen Plan ihrer Verteidigung zurechtgelegt haben. Nach dem Grunde befragt, wiederholte Eich stammelnd und stockend nur immer die Worte: „Das war so e Idee von mir, so e komische Idee ..." Auf die Frage des Staatsanwalts, warum Eich diese doch immerhin bedeutsame Beobachtung dem Stubenrauch nicht mitgeteilt habe, antwortete sein Anwalt für ihn: „Sie waren doch verzankt!" Auch diese Bemerkung schließt die Kette: Mordplan, Mord, verabredetes System der Ableugnung.

Das Urteil ist am Mittwoch in den Abendstunden zu erwarten.

Chemnitzer Sprengstoffprozeß

Terrorgruppe „Rote Wehrstaffel" – 11 Angeklagte vor dem Reichsgericht

Vor dem fünften Strafsenat des Reichsgerichts begann am 10. Januar 1933 ein umfangreicher Hochverrats- und Sprengstoffprozeß. Angeklagt sind elf Personen, die mehr oder weniger Funktionäre der KPD waren. Der Hauptangeklagte, Maler Joseph Gammisch aus Chemnitz, hat eine bewegte Vergangenheit hinter sich. 1919 bis 1923 gehörte er der KPD an und war als Rädelsführer beim Sturm auf das Chemnitzer Rathaus im Jahre 1923 beteiligt. Er wurde daraufhin flüchtig und lebte als politischer Emigrant im Ausland. Nach der Amnestie von 1926 kehrte er zurück und soll in Chemnitz den Auftrag erhalten haben, eine besonders zuverlässige militärtechnische Gruppe zu bilden, die das Rückgrat der kommunistischen Arbeiterwehr darstellen sollte. Diese Gruppe, der alle Angeklagte angehört haben sollen, erhielt den Namen „Rote Wehrstaffel". Gammisch war ihr technischer Leiter. Gammisch verbüßt zur Zeit eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren wegen Postraubes in Altenberg.

Der jetzige Nationalsozialist, der Schlosser Kurt Ebert aus Chemnitz, ist 32 Jahre alt. Als er im Jahre 1918 mit seinem Truppenteil ins Feld ziehen sollte, bekam er es mit der Angst zu tun, desertierte und kehrte erst 1919 zurück. 1920 schloß er sich im Vogtland Max Hölz an, trat 1922 der KPD bei und wurde Leiter der 6. Abteilung der Arbeiterwehr in Chemnitz. Er ist zehnmal wegen Betruges und Diebstahls vorbestraft und soll sich auch nach Angaben seiner Mitangeklagten als Polizeispitzel betätigt haben. Als ihm der Boden in der KPD zu heiß wurde, trat er der NSDAP bei, wurde mit offenen Armen empfangen und als Paradepferd herausgestellt. Ebert wird von einem nationalsozialistischen Rechtsanwalt verteidigt.

In der Nacht zum 3. Dezember 1930, während des Chemnitzer Straßenbahnerstreiks, wurden in Chemnitz einige Leute beobachtet, die beim Nahen von Polizei die Flucht ergriffen. Ein Flüchtender konnte verhaftet werden, jedoch fand man bei ihm nichts. Einer der Geflüchteten hatte jedoch eine Tasche weggeworfen, in der sich eine geballte Ladung Sprengstoff befand. Die Anklage nimmt an, daß die Leute zur Sabotage die Lichtmaste der Starkstromleitung sprengen wollten. Auch hierbei sollen die Angeklagten als Mitglieder der „Roten Wehrstaffel" beteiligt gewesen sein.

Gegen fünf Angeklagte fand bereits wegen einem Sprengstoffdiebstahl in Hoheneck ein Prozeß vor dem Schöffengericht in Chemnitz statt, bei denen die Angeklagten zu Zuchthausstrafen von 14 bis 24 Monaten verurteilt wurden. Gegen dieses Urteil legten die Angeklagten Berufung beim Landgericht ein. Am 5. Oktober 1931 hob das Landgericht das vorinstanzliche Urteil auf und verwies den Prozeß an das Reichsgericht, da sich inzwischen herausgestellt hatte, daß der Sprengstoffdiebstahl aus politischen Motiven in Tateinheit mit Vorbereitung zum Hochverrat begangen worden sei.

Vor dem Reichsgericht verhandelte man zunächst nur, um Zweck und Ziel der „Roten Wehrstaffel" zu klären. Ebert und Gammisch sind sehr „geständig" und belasten ihre Mitangeklagten schwer. Die übrigen neun Angeklagten bestreiten, daß die Sprengstoffdiebstähle und -anschläge etwas mit der „Roten Wehrstaffel" zu tun haben. Sie behaupten, Gammisch und Ebert seien Polizeispitzel.

Interessant ist noch, daß Gammisch in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Chemnitz die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat, daß er die Terrorgruppe im Auftrage des Kriminalhauptwachtmeisters Haupt aus Chemnitz gegründet habe. Haupt habe ihn als Spitzel geworben und auch beauftragt, mit radikalen Elementen in Verbindung zu treten und diese zu strafbaren Handlungen zu verleiten. Deswegen habe er, Gammisch, auch den Diebstahl in Hoheneck und Mittelfrohna ausgeführt und befürwortet. — Was an dieser Versicherung wahr ist, wird ja die jetzige Hauptverhandlung ergeben.

Der Prozeß wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Anklage gegen Brolat

Die Staatsanwaltschaft III Berlin erhob die Anklage wegen Meineids gegen den früheren BVG-Direktor Brolat. Brolat soll im Zusammenhang mit der Sklarek-Affäre am 30. Oktober 1929 unrichtig zu Protokoll gegeben haben, daß er seit Dezember 1928 bei der Firma Keller u. Furch unmittelbar gekauft, daß er die Stadtbankdirektoren nur dienstlich gekannt und von den Sklareks im allgemeinen weder Geschenke erhalten, noch welche gemacht habe.

Die Kirchenkasse bestohlen

In Waldenburg (Schlesien) wurde der Kaufmann und frühere Stadtverordnete Rohloff wegen umfangreicher Unterschlagungen verhaftet. Rohloff versah ehrenamtlich die Funktion eines Schatzmeisters der evangelisch-lutherischen Kirche. Er hat in dieser Eigenschaft große Geldsummen veruntreut. Die vorläufige Höhe des von ihm unterschlagenen Betrages wird mit 43 000 Mark angegeben. Der Verhaftete hat insbesondere zahllose kleine Kirchensteuerbeträge unterschlagen und sich außerdem an einem Teil des 10 000 Mark betragenden Schulzuschusses der Regierung vergriffen.

Die „Atlantique" wird abgewrackt

WTB Paris, 10. Januar.

Der „Intransigeant" berichtet, daß die vom Marineministerium eingesetzten Sachverständigen die Ursache des Brandes der „Atlantique" nicht feststellen konnten. Havas erklärt, in Cherbourg rechnet man allgemein damit, daß die „Atlantique" abgewrackt wird.

Der Sprung vom Funkturm. Die Berliner Postbeamtin Charlotte L., die sich im November in selbstmörderischer Absicht von der Plattform des Berliner Funkturms aus in die Tiefe gestürzt hatte und lebensgefährlich verletzt wurde, konnte durch ärztliche Kunst gerettet werden. Die Knochenbrüche sind sämtliche geheilt. Die Beamtin wird auf ihren Arbeitsplatz zurückkehren.

Falschmünzer verhaftet. Die Landeskriminalpolizei im Kreise Erkelenz (Rheinland) verhaftete vier Mitglieder einer Falschmünzerbande. Es konnte den Beteiligten nachgewiesen werden, daß sie über 500 falsche Fünfmarkstücke hergestellt und in den Verkehr gebracht haben. — Die Kriminalpolizei in Nordhausen nahm einen früheren Studenten und eine geschiedene Ehefrau aus Sondershausen fest, die in verschiedenen Nordhäuser Geschäften falsche 50-Pfennig-Stücke in Umlauf gesetzt hatten. Bei den Festgenommenen wurden noch 76 Falsch-Stücke aufgefunden.

Familientragödie. In Gräfenhainichen (Kreis Bitterfeld) erschoß der Tischlermeister Klemm sein 8jähriges Töchterchen, verletzte seine Ehefrau lebensgefährlich und erschoß sich dann selbst. Die Tat erfolgte im gegenseitigen Einverständnis der Eheleute. Sie wird auf wirtschaftliche Not zurückgeführt.

Der gelehrte Bäcker. Ein Bäckermeister aus Neuwied (Rheinland) promovierte zum Doktor rer. pol.; das Zeugnis eines Diplomingenieurs erwarb er schon vor längerer Zeit.

Milch ist keine Sahne, und irgendein „Malzkaffee" ist noch kein Kathreiner. Der Gehalt macht's...

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19330111/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Chronik der Stillegungen

Um die Gewerkschaft Sachsen

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preußischen Landtag gegen die willkürliche Stillegung einer Ruhrzeche folgenden Antrag eingebracht:

„Der Konzern Rheinpreußen hat beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf die Stillegung einer Schachtanlage beantragt. Ab 1. Januar 1933 ist die Verwaltung der Zeche Neumühl, Duisburg-Hamborn, nach Rheinpreußen verlegt worden. Daraus wird geschlossen, daß es sich bei dem Stillegungsantrag um die Zeche Neumühl handelt. Die Zeche Neumühl gehört zum Rheinpreußen-Konzern und hat eine Belegschaft von mehr als 2000 Mann. Die Beschäftigung auf Neumühl war bisher im Vergleich zu anderen Zechen im Ruhrbergbau als normal zu bezeichnen, so daß von einem besonders schlechten Geschäftsgang bei der Zeche keine Rede sein kann. Die Stillegung würde eine schwere Beeinträchtigung des Arbeitsmarktes in Duisburg-Hamborn bedeuten, den gewerblichen Mittelstand empfindlich schädigen und die jetzt schon katastrophale Lage der Gemeindefinanzen völlig zerstören. Eine sachliche Notwendigkeit für die Stillegung besteht nicht, denn die Zeche Neumühl hat moderne Anlagen und fördert eine gute Kohle.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, **Stillegungen von Schachtanlagen des Konzerns Rheinpreußen mit allen Mitteln zu verhindern.**"

*

Nach der Frankfurter Zeitung besteht ein Zusammenhang zwischen dem Antrag auf Stillegung der Zeche Neumühle und der Stillegung der Gewerkschaft Sachsen, die, wie vor einigen Tagen bereits berichtet, von Mansfeld an die zum Haniel-Konzern gehörige Gewerkschaft Rheinpreußen losgeschlagen worden war. Den Erwerbern war es nur um die Vergrößerung ihrer Beteiligung am Kohlensyndikat, nicht um den Weiterbetrieb der Grube zu tun. Deshalb war dem Eigentumsübergang die Stillegung auf dem Fuße gefolgt. Dagegen hat sowohl die Belegschaft Einspruch erhoben, wie auch die Gemeinde Heessen, die von der Belegschaft der Gewerkschaft Sachsen existiert. Wie die Frankfurter Zeitung meldet, **will der Haniel-Konzern mit dem Antrag auf Stillegung der Zeche Neumühle nur einen Druck auf die Berliner Regierungsstellen ausüben, damit sie bei ihrem Widerstand gegen die Stillegung der Gewerkschaft Sachsen nicht nachgeben.**

Das Privateigentum an den Kohlenschätzen wird immer mehr ein bloßes Mittel der Ausübung und Stärkung privater Monopolmacht. Gesellschaftlichen Nutzen wird die Kohlenförderung erst dann bringen, wenn die Kohlengruben nicht mehr privates, sondern gesellschaftliches Eigentum geworden sein werden.

Stillegung der Lausitzer Glaswerke

SPD Die Vereinigten Lausitzer Glaswerke bauen ab. Sie haben die Stillegung des H.-Werkes, in dem zur Zeit rund 200 Leute beschäftigt werden, und des G.-Werkes, in dem 250 bis 380 Leute arbeiten, beantragt. Das H.-Werk soll spätestens am 14. Januar und das G.-Werk am 28. Januar stillgelegt werden. Ein Teil der Belegschaft soll im Osramwerk untergebracht werden, wo man zwei Oefen in Betrieb nehmen will. Aber bis zur Inbetriebnahme dieser Oefen dürften einige Wochen vergehen, so daß also auch die Arbeiter zunächst arbeitslos werden, die später wieder im Osramwerk unterkommen.

Stillegung ostoberschlesischer Gruben

In Ost-Oberschlesien wird auf den Gruben weiter abgebaut. Der Demobilmachungskommissar hat der Skarboferme-Grube, die einen Antrag auf Entlassung von 1000 Arbeitern gestellt hatte, den Abbau von 150 Arbeitskräften bewilligt. Ferner darf die Grube 300 Arbeiter auf die Dauer von 12 bis 14 Wochen in den turnusmäßigen Urlaub schicken.

Die Verwaltung der Grafen Henckel-Donnersmarck-Beuthen will ihre einzige Kohlengrube in Ost-Oberschlesien, die Radzionkau-Grube, stillegen.

Im Dombrowaer Kohlenbecken ist die Stillegung mehrerer Gruben geplant. Man rechnet damit, daß rund 5000 Arbeiter durch diese Maßnahmen ihr Brot verlieren.

Die 40-Stunden-Woche in Genf

TU **Genf**, 10. Januar.

Die vorbereitende internationale Konferenz für die Einführung der 40-Stunden-Wochen ist am Dienstag hier eröffnet worden. An der Konferenz nehmen Vertreter von 34 Staaten teil. Die amerikanische und sowjetrussische Regierung haben die Beteiligung an der Konferenz abgelehnt, die amerikanische Regierung entsandte jedoch einen Beobachter. Zum Präsidenten der Konferenz wurde einstimmig der Vertreter der belgischen Regierung, Professor Mahaim, gewählt, der in einer kurzen Eröffnungsrede die Bedeutung der Konferenz unterstrich. Zu Vizepräsidenten der Konferenz wurden der Vertreter der indischen Regierung Sir Arthur Charenje, der dänische Arbeitgebervertreter Oerstedt und der englische Arbeitervertreter Hayday gewählt. Deutschland ist auf der Konferenz durch Ministerialdirektor Sitzler (Reichsarbeitsministerium), Kommerzienrat Vogel als Vertreter der Arbeitgebergruppe und Minister Laoschner als Vertreter der Arbeitnehmer vertreten.

Junkerpolitik und Landarbeiter

Lohnbetrug an der Tagesordnung!

Die Politik der deutschen Agrarreaktion schädigt nicht nur die deutsche Wirtschaft im Ganzen in der empfindlichsten Weise, sie wirkt sich auch mit aller Brutalität gegen den wirklich notleidenden Teil der Landbevölkerung, die Landarbeiter nämlich, aus. Dabei ist es für die Haltung der Reichsregierung kennzeichnend, daß sie zwar volles Verständnis für alle Klagen der Großgrundbesitzer hat, taube Ohren aber beweist gegenüber den berechtigten Hinweisen auf das Elend der Landarbeiterschaft. Es ist in der Oeffentlichkeit viel zu wenig bekanntgeworden, daß eine Reihe von Großgrundbesitzern und die mit ihnen verbündeten agrarischen Bankinstitute einen schamlosen Lohnbetrug an den Landarbeitern mit Hilfe der „Sicherungsverordnung" vollführen.

Durch die Sicherungsverordnung zum Schutze der notleidenden Landwirtschaft wurden bekanntlich Zwangsversteigerungen landwirtschaftlichen Besitzes so gut wie vollständig verhindert. Die Folge war, daß **die Landarbeiter, die rückständigen Lohn zu fordern hatten, nicht in der Lage waren, die an sich anerkannten Lohnforderungen einzutreiben.** Die bürgerliche Presse teilt mit, daß ein Teil dieser Lohnforderungen bereits **seit weit länger als einem Jahre rückständig** sind. Wer die Lebenshaltung des ostelbischen Landproletariats kennt, weiß, daß dieser Zustand maßloses, ja menschenunwürdiges Hungern bedeutet. Für die Landarbeiter ist es darum eine der wichtigsten Existenzfragen, daß sie bald die rückständigen Löhne ausbezahlt erhalten. Man müßte meinen, daß die Reichsregierung, die sonst nicht mit Subventionen, zinslosen Krediten und verlorenen Zuschüssen an die Landwirtschaft zurückhaltend ist, dafür sorgen würde, daß die Landproleten ihre rückständigen Lohnpfennige erhalten. Was geschieht in Wahrheit?

In der nächsten Zeit werden rund 800 000 Morgen Land aus dem Sicherungsverfahren entlassen, weil dieser Teil des Großgrundbesitzes unter keinen Umständen sanierungsfähig ist. Die automatische Folge aber ist, daß das Konkursverfahren eröffnet wird. Was geschieht dadurch nun? **Lohnforderungen, die länger als ein Jahr rückständig sind, gelten nicht mehr als bevorrechtigt. Sie geraten dadurch rettungslos in die allgemeine Konkursmasse und sind damit verloren. Die landwirtschaftlichen Bankinstitute dagegen, die ihre Forderungen durch Hypotheken gesichert haben, können — im Gegensatz zu den Landarbeitern — nicht um ihre Forderungen betrogen werden!**

Unter diesen Umständen kann man es verstehen, daß die betroffenen Landarbeiter unglaublich erbittert und empört sind. Man darf doch nicht vergessen, daß sie die Tatsache, daß sie ihre Löhne seinerzeit nicht voll ausbezahlt erhalten haben, mit schlimmstem Hunger und den größten Entbehrungen bezahlen mußten, jetzt sind sie aber die Geprellten. Kennzeichnend für die Hartherzigkeit der herrschenden Klasse ist es, daß sich das Kabinett von Papen ausdrücklich geweigert hat, hier einzuschreiten. Es hat zwar Zeit gefunden, mittelbar und unmittelbar den Kapitalisten viele, viele hunderte Millionen zuzuschanzen, für die Sicherung der Lohnrückstände der Landarbeiter dagegen brachte es kein Verständnis auf. Man hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Gesetzesbestimmungen aufgehoben, umgeändert und neugeordnet, für den Sonderfall der Landarbeiter eine gerechte Regelung zu schaffen, lehnte man jedoch auf das Strikteste ab!

Nun ist es die Meinung der Reichsregierung, daß sie ihre Pflicht erfüllt hat, wenn sie sich dafür einsetzt, daß die für die Verwaltung der unter dem Sicherungsverfahren stehenden Güter zuständigen Landstellen aus den Betriebseinnahmen unter anderem auch einen Teil der Lohnrückstände bezahlen. Damit sollte erreicht werden, daß für den Fall, daß das Sicherungsverfahren aufgehoben wird, die Lohnrückstände wenigstens nicht ganz in die Konkursmasse übergehen. Keinesfalls hätte diese Anweisung, selbst wenn sie befolgt worden wäre, zu einer befriedigenden Lösung geführt. Inzwischen steht aber einwandfrei fest, daß sich die zuständigen Landstellen nach der Anweisung der Reichsregierung nicht richten.

Sie verwenden die laufenden Betriebseinnahmen für alles mögliche andere, nur nicht für die Regelung der Lohnrückstände. Sie bevorzugen systematisch jede Art von Gläubigern gegenüber den Landarbeitern.

Sie sagen sich nämlich, daß alle anderen Gläubigerschichten viel mehr Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen können als gerade Proletarier. Schließlich sind aber die Junker, die die Landstellen beherrschen, auch der Auffassung, daß es schon seit jeher das Schicksal der ostelbischen Landarbeiter war, versklavt, geschunden und betrogen zu werden, und daß es auf einen Lohnbetrug mehr oder weniger gar nicht ankommt. Es ist selbstverständlich, daß sich Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften dieser Angelegenheit angenommen haben. Darf man aber hoffen, daß die Regierung Schleicher gerade für den Teil der Landwirtschaft Verständnis aufbringt, der wirklich notleidend ist? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird aber dafür sorgen, daß ein letztes Wort über diese Angelegenheit im Reichstag gesprochen wird!

Produktionszunahme bei Eisen und Kohle

Der Umsatz im Stahltrust hat sich im vierten Vierteljahr 1932 um rund 11 Prozent gebessert. Er stieg von 124,7 im dritten Vierteljahr 1932 auf 138,27 Millionen Mark an; davon entfallen 51 Millionen Mark auf Lieferung nach dem Ausland. Im vierten Vierteljahr 1931 machte der Gesamtumsatz 144,21 Millionen Mark aus (Auslandsumsatz 62,18 Millionen Mark). Der Auftragsbestand wird für Ende Dezember 1932 mit 90 Prozent des Auftragsbestandes im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1931/32 angegeben.

Die Kohlenförderung stieg, immer vom dritten Vierteljahr 1932 zum vierten Vierteljahr 1932, von 3,38 Millionen Tonnen auf 4,076 Millionen, die Koksproduktion von 897 000 Tonnen auf 1,078 Millionen Tonnen, die Roheisenproduktion von 453 000 Tonnen auf 595 000 Tonnen und die Rohstahlherstellung von 444 000 Tonnen auf 667 000 Tonnen.

Die Produktionssteigerung hat nur eine begrenzte Steigerung der Belegschaften zur Folge gehabt. Die Gesamtbelegschaft beim Stahltrust betrug Ende 1931 84 512 Mann, Ende September 1932 81 768 Mann und Ende Dezember 1932 88 893, die Zahl der Angestellten Ende 1931 12 659, Ende September 1932 11 343 und Ende Dezember 1932 11 112. Im Steinkohlenbergbau waren Ende Dezember 1932 39 670 Mann beschäftigt, Ende September 1932 37 420 und Ende Dezember 1931 42 210. Angestellte im Bergbau Ende Dezember 1932 3393, Ende September 1932 3441 und Ende Dezember 1931 3859.

Die Krisenfürsorge in Oesterreich

Oesterreich besitzt ebenso wie Deutschland neben der Arbeitslosenversicherung eine Krisenfürsorge. Diese wurde im Jahre 1924 errichtet und sollte ursprünglich nur provisorischen Charakter haben. Durch die Not des Landes wurde sie aber zu einer ständigen Einrichtung, der heute eine mindestens ebenso große Bedeutung zukommt, wie der Arbeitslosenversicherung. Trotzdem war die Krisenfürsorge Oesterreichs im Gegensatz zur Arbeitslosenversicherung bisher nicht zentral geregelt. Jede industrielle Bezirkskommission konnte für ihren Bezirk sowohl die Höhe, die Dauer als auch die Voraussetzungen der Unterstützungen autonom festsetzen. Erst vor einiger Zeit beschloß der Nationalrat im Rahmen der 28. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz die Ermächtigung des Bundesministers für soziale Verwaltung einheitliche Richtlinien für die gesamte Krisenfürsorge des Landes zu erlassen.

Diese Richtlinien schaffen noch immer keine einheitlichen Unterstützungssätze für das ganze Bundesgebiet. Sie unterscheiden vielmehr zwischen drei Gebietsgruppen, und zwar zwischen „größeren Städten und Industriegebieten", Gebieten die sowohl industrielle und gewerbliche als auch bedeutendere landwirtschaftliche Geltung haben sowie rein landwirtschaftlichen Gebieten. Darüberhinaus wird die gesamte Krisenfürsorge in eine Notstandsaushilfe I, II und III gegliedert, die zeitlich aufeinander folgen. Mit andern Worten: ist ein Krisenunterstützter aus der ersten Gruppe ausgesteuert, geht er zur zweiten über, während in die dritte Gruppe, deren Unterstützungsdauer zeitlich unbegrenzt ist, nur Familienernährer oder Arbeiter über 25 Jahre nach vorheriger Kommissionsprüfung eingereiht werden können. In den einzelnen Gruppen sind Unterstützungssätze und Unterstützungszeit je nach Alter und Familienstellung sowie nach der Gebietsgruppe verschieden. Sie bewegen sich in der ersten Gruppe von 40 Prozent der ordentlichen Arbeitslosenunterstützung aufwärts bis zu 100 Prozent derselben und enden in der höchsten Stufe der III. Unterstützungsklasse bei 90 Prozent der ordentlichen Unterstützung. Alles in allem schafft die einheitlichere Zusammenfassung manches soziale Unrecht und manche Verbitterung aus der Welt, wenn man auch erst die praktischen Erfahrungen abwarten muß, um ein endgültiges Urteil über die Neuregelung fällen zu können. H.

Sind Krisen zu verhüten?

Der Sächsische Lehrerverein veranstaltete in den letzten Tagen in Leipzig eine wirtschaftspolitische Schulungswoche für seine Mitglieder, die unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Hermberg (Jena) stand und sich mit dem Hauptthema beschäftigte: Ist es möglich, durch Einschaltung einer bewußten Leitung an die Stelle des Mechanismus des Wirtschaftsablaufs Krisen der Wirtschaft zu verhindern?

Genosse Dr. Hermberg, der seine grundlegenden Gedanken in allgemeinverständlicher Weise in einer Broschüre „Planwirtschaft", im Herbst 1932 in der Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschienen, niedergelegt hat, vertritt die Ansicht, daß eine planvoll geleitete Gesamtwirtschaft wohl Wirtschaftskrisen verhindern kann. In der Einzelwirtschaft, im Haushalt, beim einzelnen Fabrikanten und Handelsherrn, im öffentlichen Betriebe von Staat und Stadt wird bereits planmäßig gewirtschaftet. Nur muß aus der Summe der neben- und gegeneinanderstehenden Einzelwirtschaften eine wirkliche Wirtschaftseinheit, ein nach einem Plan arbeitendes Ganzes geschaffen werden. Dann ist Planwirtschaft Volkswirtschaft. Die Wirtschaft muß aus einer Funktion vieler einzelner zu einer Funktion der Gesamtheit weiter entwickelt, eine Uebereinstimmung zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten geschaffen werden.

Eingriffe auf Einzelgebieten führen nicht zum Ziele. Kartelle und Trusts können nur auf Teilgebieten der Wirtschaft das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage regeln. Dasselbe würde auch ein Staatsmonopol nur erreichen. Es könnte darüber hinaus vor Ausbeutung schützen. Alle Einschränkungen des Produktionsapparates auf Einzelgebieten der Wirtschaft würden nur dazu führen, daß das Kapital in anderen Wirtschaftszweigen investiert würde. Deshalb muß die gesamte Volkswirtschaft nach einem einheitlichen Plane geleitet werden. In einem besonderen Vortrage beschäftigte sich ein Mitarbeiter Hermbergs mit dem russischen Planbeispiel. Mit dem Gedanken der Planwirtschaft wird sich jeder auseinanderzusetzen haben, der sich volkswirtschaftlich betätigen will. Dazu biete die Broschüre Hermbergs ein vorzügliches Mittel.

Arbeitsloses Geld

Die Reichsbank am Jahresanfang

Am Jahresende pflegt die Beanspruchung des Wechselkredits bei der Reichsbank zuzunehmen, am Jahresbeginn abzunehmen. Der Wechselbestand hat aber in der ersten Woche des Januar stärker abgenommen, als er in der letzten Dezemberwoche zugenommen hatte. In der Zeit vom 7. Dezember 1931 bis zum 7. Januar 1932 hatte sich der Wechselbestand um 67, diesmal hat er sich um 164 Millionen Mark vermindert. Am 7. Januar vorigen Jahres betrug der Wechselkredit der Reichsbank 3854, jetzt beträgt er nur 2524 Mill. Mark. Er ist also **um 1,3 Milliarden, gleich 35 Prozent, gesunken.** Das beweist, daß es nicht an Geldkapital, sondern an Unternehmungslust fehlt und daß die Unternehmer es vorziehen, Bankschulden zu bezahlen, als Warenkredite einzuräumen. Daher häuft sich das Geld in den Kassen der Banken, die deshalb nicht darauf angewiesen sind, die Reichsbank in Anspruch zu nehmen.

Der gesamte Geldumlauf im Deutschen Reich stellte sich am 7. Januar auf 5383 Mill. Mark; das ist um 105 Mark weniger als vor einem Monat, und 1033 Mill. Mark weniger als vor einem Jahr.

Der Devisenbestand hat um 0,3 Mill. Mark zugenommen, der Goldbestand um 1 Million abgenommen. Die Deckung der Banknoten durch Gold und Devisen hat sich von 25,8 Prozent Ende Dezember auf 27,3 Prozent am 7. Januar verbessert.

Vorbereitung zur Weltwirtschaftskonferenz

TU **Genf**, 10. Januar.

Die am Dienstagabend abgeschlossene Hauptaussprache im vorbereitenden Sachverständigenausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz ergab im wesentlichen weitgehende Uebereinstimmung dahin, daß die folgenden Punkte als Zentralfragen der Weltwirtschaftskrise auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz behandelt werden müssen: **Regelung der interalliierten und der privaten Verschuldung, Stabilisierung der Währung, Wiederherstellung des freien Kapitalverkehrs und Beseitigung der Handelsschranken.**

In der Hauptaussprache am Dienstag vertrat der Schweizer Bundesrat Musy den bekannten Standpunkt der Schweizer Regierung über die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Goldstandards, verlangte, wie fast sämtliche übrigen Redner, eine baldige Regelung der interalliierten und privaten Schuldenfrage und forderte eine **Untersuchung des Einflusses des sowjetrussischen Wirtschaftssystems und der kommunistischen revolutionären Propaganda auf die Weltwirtschaftskrise.**

Der Vertreter der polnischen Regierung Baransky verlangte Wiederherstellung des freien Handelsverkehrs und Aufrechterhaltung der Goldwährung. Der Vertreter Norwegens, Jahn, vertrat als einziger die Auffassung, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise einen normalen Charakter trage und die Hauptaufgabe der Londoner Konferenz in der Wiederherstellung des Vertrauens bestehen müsse. Der Vertreter Ungarns, Nikel, verlangte als Vertreter der südosteuropäischen Staaten eine Umwandlung der kurzfristigen Verschuldung in langfristige Schulden in Anpassung an die gegenwärtig gefährdete Wirtschaftslage dieser Staaten, ferner Hebung der Getreidepreise und internationales Abkommen zwischen den weizenproduzierenden Staaten.

Zum Schluß der Aussprache wies der Präsident der Holländischen Nationalbank, Trip, als Vorsitzender des Ausschusses, darauf hin, daß in der gegenwärtigen Krisenlage nur eine kühne Politik zu einer Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten führen könne.

Der Reichsverkehrsminister baut die Löhne ab

SPD Das Reichsverkehrsministerium hat für mehr als die Hälfte der bei ihm beschäftigten Wasserbauarbeiter die Löhne gekündigt. In den bisher stattgefundenen Verhandlungen wurden vom Vertreter des Verkehrsministeriums Lohnsenkungen bis zu 7 Pf. pro Stunde vorgeschlagen. Selbstverständlich haben die Organisationen jede Lohnkürzung abgelehnt. Weitere Verhandlungen folgen in Kürze.

Die Haltung des Reichsverkehrsministeriums steht in schroffem Widerspruch zu den Erklärungen des Reichskanzlers. Der Kanzler ist gegen Lohnabbau, der Reichsverkehrsminister für Lohnabbau. Regiert jeder Minister auf eigene Faust? Wir sind gespannt, ob das Reichsverkehrsministerium vom Reichskanzler zur Ordnung gerufen wird.

Schadenersatz wegen Einfuhrsperre für Gefrierfleisch

Die Klage vom Reichsgericht abgelehnt

WTB Leipzig, 10. Januar.

In Uebereinstimmung mit Berliner Gerichten hat das Reichsgericht heute die Schadenersatzklage in dem Millionenprozeß des Reichsverbandes des deutschen Einfuhr- und Großhandels, des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und des Verbandes Deutscher Kühlhäuser gegen das Reich wegen Aufhebung der Gefrierfleischkontingente endgültig abgelehnt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19330111/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Freistaat Sachsen

Wie Fememörder entkamen

Bei der Untersuchung des gemeinen Fememordes an dem SA-Mann Hentsch spielt der **Kriminalrat Vogel** eine äußerst schlimme Rolle. Es wird festzustellen sein, ob er tatsächlich ein unfähiger Kriminalist ist oder anderweite Hemmungen hatte, die dazu angetan waren, seine Tätigkeit so zu entfalten, daß die Mörder verschwinden konnten.

Daß Vogel beim Kriminalamt Dresden Leiter der Fachabteilung IVa — Kapitalverbrechen — (Mord, Raub, Falschmünzerei, Brandstiftung usw.) ist, müßte die Annahme rechtfertigen, daß er ein erfahrener, tüchtiger und für diesen Posten geschaffener Kriminalist ist. Wennn man weiterhin berücksichtigt, daß Herr Vogel sogar öffentliche Vorträge mit Themen aus dem Kriminalgebiet hält, muß man sich über sein Versagen im Falle Hentsch um so mehr wundern.

Noch mehr muß man aber darüber staunen, wenn keiner seiner Vorgesetzten, unter denen einige sein sollen, die das Gras wachsen hören, noch nichts von seiner Unfähigkeit bemerkt hat. Im Kreise seiner Mitarbeiter erfreut sich Herr Vogel infolge seines burschikosen Verhaltens eines guten Rufes. Er fängt damit nämlich die, die nicht alle werden. Alle fallen aber nicht darauf hinein, sondern bewahren sich ihr eigenes Urteil, was ihnen manche Schwierigkeit bereiten soll.

Wie sich Vogel schon früher „bewährte"

Es ist fast allen Polizeibeamten von Dresden bekannt, daß auch die Ermittlungen über den Mörder des Polizeihauptwachtmeisters Schieckel nicht unbedingt so gelaufen sind, wie es bei richtiger Schlußfolgerung hätte sein müssen. Eine Nachprüfung des Falles würde folgendes „glatte Versagen" ergeben: Den Polizeihauptwachtmeister Schieckel, der bei einem Dienstgang ermordet wurde, fanden seine Kameraden kurz nach der Mordtat tot auf der Straße liegend, als sie ihn suchten, weil er von seiner Patrouille nicht zurückgekehrt war. Seine Dienstpistole, Mauser 6,35, lag unweit neben ihm. Die benachrichtigte Mordkommission erschien unter Leitung Vogels ungefähr 4 Stunden danach am Tatort. (In einer Großstadt!) **Zum Entsetzen der Umstehenden nahm Vogel Selbstmord an.** Der anwesende Leiter der 22. Schutzpolizeiwache, Polizeiinspektor Hunger, war zwar unmaßgeblich, aber etwas einsichtiger. Er wies Vogel dringend darauf hin,

daß aus der Pistole des Kameraden Schieckel nicht geschossen worden war.

Die Pistole war gesichert, keine Patrone im Lauf und außerdem war auch kein Pulverschmauch im Rohr und an der Mündung zu sehen. Herr Vogel konnte sich aber kein anderes Bild machen. Er sagte, die Pistole könne sich beim Runterfallen wieder gesichert haben. Sie brauche nach dem Schuß, es handelt sich um eine automatisch nachladende Pistole, nicht nachgeladen zu haben. Seinem kriminalistischen Spürsinn setzte er dann weiterhin dadurch die Krone auf, daß er sagte, nur ein Fachmann könne am Rohr und der Mündung erkennen, ob aus der Pistole geschossen worden sei. Er betrachtete sich selbstverständlich nicht als Fachmann.

Den Anwesenden standen die Haare zu Berge und es lief ihnen eiskalt über den Rücken ob solcher Kombination und kriminalistischen Weisheit. Sie schwiegen, weil das die Disziplin und Subordination verlangen. So haben sie auch die wenigsten Schwierigkeiten in dienstlicher Beziehung zu befürchten.

Entsprechend der Auffassung des Vogel, es handele sich um Selbstmord, wurde

auch der Spürhund nicht angesetzt,

obwohl darauf aufmerksam gemacht worden war. Bei der Einstellung Vogels konnte sich die Situation doch erst ändern, nachdem der Waffenhändler und Büchsenmachermeister Kupfer von der Schloßstraße bei Tage die Dienstwaffe des Schieckel untersucht hatte. Er stellte fest, daß aus der Pistole nicht geschossen worden war. **Nunmehr, mindestens 10 Stunden später, wurde der Spürhund noch herbeigeholt. Der Erfolg war, wie vorauszusehen, negativ.**

Zwei Kameraden des ermordeten Schieckel, die Polizeibeamten Metzner und Nagel, schöpften von vornherein Mordverdacht und ließen sich nicht von den Feststellungen des Herrn Vogel erschüttern. Sie gingen deshalb in der Nacht noch auf Erkundung. Dabei machten sie die Feststellung, daß der oder die Täter in Richtung Obergorbitz geflohen sein mußten. Unter einem Baume, in der Nähe der Mordstelle, fanden sie Pinseltropfen von roter Farbe vor. Diese waren noch frisch. Gelegenheit zum Ansetzen eines Spürhundes wäre also vorhanden gewesen. Diese Spur hat Herr Vogel nicht gefunden.

Er brauchte sie auch nicht. Nach seinem Dafürhalten war ja der Selbstmord wahrscheinlicher als alles andere.

Am Tage nach der Mordtat wurde in der 22. Schutzpolizeiwache der wirkliche Täter angezeigt. Er wurde verdächtigt, in der Mordnacht nicht zu Hause gewesen zu sein. Deshalb wurde er festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht. Die Beamten der 22. Schutzpolizeiwache **schlossen aus dem Verhalten des Täters, daß er tatsächlich der Mörder ihres Kameraden Schieckel war. Bei der Kriminalabteilung fand man keine Schuld an ihm.** Darum ließ sie ihn wieder laufen.

Ein Freund des Täters, der bei der Tat dabei war, trat nachdem von der KPD zur NSDAP über. Er kam dann später ebenfalls in die vorgenannte Wache und verlangte festgenommen zu werden. Auf Befragen gab er an, Aussagen in der Mordsache Schieckel machen zu können. Auch er wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht. Zufolge seiner Aussage wurde dann der bereits schon einmal verhaftet gewesene Täter erneut festgenommen. Der erste Anzeigeerstatter soll 300 Mark, der zweite aber 1700 Mark der ausgesetzt gewesenen Belohnung erhalten haben.

Der frischgebackene Nazi bekam also 1700 Mark

Nun wurde die Oeffentlichkeit mit einer Zeitungsnotiz vom Polizeipräsidium bedacht. Diese lautete etwa folgendermaßen:

Unter Führung des Kriminalrats Vogel ist es der Kriminalpolizei gelungen, den Mörder des Polizeihauptwachtmeisters Schieckel zu ermitteln und festzunehmen. Es ist der X. Er war schon einmal festgenommen in der gleichen Sache, mußte aber wieder freigelassen werden, weil der seinerzeit gegen ihn ausgesprochene Verdacht sich nicht bekräftigen ließ.

Herr Vogel ist aber immer noch Kriminalrat. Als er bei einem uniformierten Beamten auf dem Albertplatze sah, daß dieser etwas in den Mund steckte, wahrscheinlich einen Priem oder ein Hustenbonbon, meldete Vogel seine Beobachtung. Dazu gab er an, er habe den Eindruck gehabt, der Beamte habe auf Posten gegessen.

Diese Meldung ist so bezeichnend für den Kriminalrat, der die Mörder im Dienstauto beförderte und nichts davon bemerkte, daß er die Verbrecher bei dieser Fahrt ein Stück näher der ersehnten Grenze brachte, wo sie dann ins Mörderparadies flüchten konnten.

Ob den Vorgesetzten dieses Vogel das Uebermaß von Intelligenzmangel noch nicht aufgefallen war?

Anerkannte gemeinnützige Wohnungsunternehmen

bd Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium als Anerkennungsbehörde hat folgende Wohnungsunternehmen als gemeinnützig anerkannt: 1. Kleinwohnungsbauverein von Weinböhla und Nachbarorte e.G.m.b.H. in Weinböhla, 2. Gemeinnützige Baugenossenschaft e.G.m.b.H. in Crottendorf (Erzgeb.), 3. Siedlungsbaugenossenschaft Oelsnitz i. E. und Umgebung e.G.m.b.H. in Oelsnitz, 4. Gemeinnütziger Spar- und Bauverein e.G.m.b.H. in Mittweida, 5. Bauverein Hartha e.G.m.b.H. in Hartha, 6. Gemeinnützige Baugenossenschaft Portitz e.G.m.b.H. in Portitz, 7. Gemeinnützige Baugesellschaft Mylau G.m.b.H. in Mylau i. V., 8. Wohnungsfürsorge Wurzen G.m.b.H. in Wurzen, 9. Gemeinnützige Siedlungsbaugenossenschaft Glück auf Neu-Oelsnitz i. E. e.G.m.b.H. in Oelsnitz i. E. und 10. Gemeinnützige Baugenossenschaft e.G.m.b.H. in Lauter i. Sa.

Schiffbrüchige Wirtschaftskapitäne

Der Präsident einer polnischen Naphthagesellschaft, Ingenieur Dajo, hat Selbstmord verübt. Der Verstorbene geriet wegen der Wirtschaftskrise und des von ihm geführten Kampfes gegen das Naphthakartell in finanzielle Schwierigkeiten.

In Braunschweig hat der Bankier Hugo Wertheim in seiner Wohnung Selbstmord verübt. Der Verstorbene war Inhaber des Bankgeschäfts J. Wertheim, das sich seit Anfang Oktober in Zahlungsschwierigkeiten befindet. Gegen Wertheim soll auch ein Strafverfahren wegen Wechselfälschung und Devisenvergehens eingeleitet worden sein.

ABI

Altes Theater

Statt »Michael Kramer« von Gerhart Hauptmann wird am Montag, 16. Jan.

»Essig und Oel«

musikalisches Lustspiel von Geyer und Frank mit Erhard Siedel in der Hauptrolle gespielt. Karten noch erhältlich.

Bücherschau

Die hier angeführte Literatur ist zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Tauchaer Str. 19/21, und deren Filialen

„Die großen Illusionen der Menschheit"

Im Urania-Freidenker-Verlag GmbH, Jena, ist eine neue Buchbeigabe der Urania erschienen, die besonders lesenswert ist: Dr. Fritz Schiff schreibt auf 80 Seiten über „Die großen Illusionen der Menschheit". Durch die völkerkundlichen und tiefenpsychologischen Forschungen unseres Jahrhunderts haben wir nicht nur gelernt, das Denken der Primitiven besser zu verstehen und zu würdigen; wir haben auch die nachfolgenden religiösen und weltanschaulichen Systeme bis herauf zu den feinsten philosophischen und politischen Verästelungen unserer Tage einer immer stärkeren Kritik unterzogen. Dabei zeigt es sich, daß unser „modernes" Denken noch sehr oft nach steinzeitlichen Regeln arbeitet.

Nach Schiff ist eine Illusion eine Täuschung und ein untaugliches Mittel, mit dem Dasein fertig zu werden; sie ist „die Anwendung des Irrtums in der Praxis". Nach Freud („Die Zukunft einer Illusion") ist kennzeichnend für den Unterschied zwischen Illusion und bloßem Irrtum, daß bei der Illusion der Wunsch der Vater ist. Die Annahme früherer Aerzte beispielsweise, daß die Syphilis vom „ausschweifenden Lebenswandel" komme, war ein Irrtum; der Glaube des Kolumbus, er habe Indien erreicht, schon eine Illusion, — ebenso wie der Glaube an einen gerechten Gott, der die Geschicke der Welt lenkt. Schiff zeigt nun, wie der Mensch unmittelbar nach seiner Menschwerdung zunächst seinen „Verstand" höchst unzweckmäßig und zu den krausesten Umwegen des Denkens und Handelns verwendet hat. Die erste große Illusion der primitiven Menschheit war die Magie; ihre Beschreibung und Verständlichmachung gehört mit zu den besten Ausführungen des Schiffschen Büchleins. Die Illusion der feudalen Gesellschaftsordnung war die Religion, die die Magie ablöste, ohne sie jemals ganz zu verdrängen. Nach Schiff ist die Religion nichts anderes als systematisierte, durch besondere Beauftragte der herrschenden Gesellschaftsschichten (Priester) verwaltete und ausgeübte Magie. Mit dem Aufkommen des Kapitalismus kommt auch der Glaube an eine immanente Weltvernunft auf; er geht im Zeitalter der Technik des Hochkapitalismus in den Glauben an die Allgewalt der Wissenschaft, die diese Erde „von selbst" in ein Paradies verwandeln wird, über. (Beispiel: Wilhelm Ostwald und einige frühere Monisten.) Erst der Marxismus stellt die Einheit von wissenschaftlicher Theorie und gesellschaftlicher Praxis, die in der Klassengesellschaft auseinandergerissen waren, wieder her; er ist „die erste Methode, den Kampf ums Dasein unter völligem Verzicht auf illusionäre Mittel zu führen". Erst wenn mit aller Klassenherrschaft auch die Illusionen verschwunden sind, wird die Vorgeschichte der Menschheit beendet sein.

Die letzten Kapitel sind etwas knapp geraten, was wohl mit dem vorgeschriebenen Gesamtumfang der Uraniabücher zusammenhängen dürfte; im ganzen aber: ein vorzügliches und auch recht kurzweiliges Schulungsbuch!

R. L—n.

Travens Romane im Ausland

Die Büchergilde Gutenberg brachte bisher neun Bücher von B. Traven heraus. Das Ausland wurde sehr schnell auf diesen Schriftsteller aufmerksam, und der große Erfolg der Travenbücher in Deutschland — „Das Totenschiff" erzielte bereits eine Auflage von 100 000 — trug nicht wenig dazu bei, die ausländischen Ausgaben der Travenromane zu beschleunigen. Travenbücher sind bis jetzt in folgenden Sprachen erschienen: Schwedisch, Norwegisch, Russisch, Dänisch, Holländisch, Französisch, Englisch, Spanisch, Tschechoslowakisch, Polnisch, Ungarisch, Jugoslawisch. Die Büchergilde Gutenberg, bei der alle Travenbücher zuerst erscheinen, ist also für B. Traven das Sprungbrett in die Weltliteratur geworden.

Wie arbeiten die Hellseher? In der Gegenwart, in der viele Kreise, und besonders die in Wirtschaft und Staat einstweilen noch maßgeblichen, den Ereignissen mit völliger Ratlosigkeit gegenüberstehen, wird bei Sterndeutern, Wahrsagern und Hellsehern Antwort auf alle möglichen Fragen gesucht. Daher ist es von größter Wichtigkeit, Aufklärung darüber zu schaffen, wie die scheinbar oft verblüffenden Ergebnisse der sogenannten Hellseher zustande kommen. Wirklich eingehend wird das Verfahren der Hellseher auf Grund jahrelanger Beobachtung von Autoritäten, wie Fred Marion, Erik Jan Hanussen u. a., und durch Nachahmung dieser Experimente an zahlreichen Personen in Heft 4 der **„Urania", Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft,** dargestellt. Außerdem enthält das Heft andere natur- und gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Die Illustration ist vorzüglich. Immer wieder sei darauf hingewiesen, daß der Urania-Freidenker-Verlag in Jena jederzeit Interessenten Probehefte kostenlos zur Verfügung stellt.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Von Gerhart Herrmann Mostar • Copyright by Safari-Verlag, Berlin

26]

Der Beamte war jäh erblaßt. Der junge Bauer nahm die Papiere auf, die der Alte zu Boden geworfen hatte, stieß sie dem Inspektor grob in die Hand, wies mit dem Daumen zur Tür und pfiff — der Zitternde folgte der Geste und ging aus der Stube.

„Jawoll", schrie der Alte ihm nach, „jehn Se man zu Ihrem Harrn von Trosegk, sa'n Se'n man, er soll sichs jut schmecken lassen aus sein silwernes Jeschirr, was Zincken aus de Knochen jemacht hat von de Arweeter — sa'n Se'n man, er soll sich jut schmecken lassen seinen Wein, där roter Schweeß von de Harzer Bauern is — sa'n Se'n man, er soll ruhich weiter huren mit de Harzogin, awwer bezahln tu ich niche, ich niche — —"

„Un erzählen Se'n oo das", zischte draußen der junge Bauer, während der Beamte sein Pferd losband, „das von Baden, wo de Bauern losjejangen sin mit Sensen un Mistjawweln, wo där richtije Mann is, där wo Hecker heißt! Bestelln Se man dän Harrn Minister, wir Anhältschen Bauern han oo nischt zu fressen, un mir han oo Sensen un Mistjawweln, un mir wissen oo, jäjen wän mir jehn könn'n — un mir han oo unsern Hecker!"

Der Beamte war schweigend aufgesessen; der Bauer gab dem Pferd einen Tritt in den Hintern, daß es stieg und die steile Straße schnaubend hinunterraste...

Drunten im Flachland, in dem schmalen preußischen Gürtel, der sich zwischen Ballenstedt und Bernburg über die Börde zog, holte der galoppierende Beamte gleich hinter Aschersleben den Wagen ein, der vor seinem Besuch bei Maikath den Hof verlassen hatte. Er zwang sein Pferd in Schritt und ritt langsam an dem Gefährt vorbei, rief ein „Guten Abend auch" zur Schoßkelle hinüber, bekam keine Antwort; die beiden Menschen darin schliefen, in ihre Pelze gehüllt, während die Pferde ruhig ihre Straße schritten. Der Beamte beugte sich zum Wagen hinüber, pfiff durch die Zähne und gab seinem Tier die Sporen — er hatte den Lohgerber Calm erkannt. —

Als das Pferd neben ihnen aufspringend angaloppierte, fuhren die Braunen in den Stielen erschreckt zur Seite. Calm wachte auf, zog an der Leine, schnalzte beruhigend. In der Ferne sah er undeutlich den Reiter verschwinden. „Wär jalopiert denn da noch so wild, mittn in de Nacht?" knurrte er unwirsch, versuchte aber nicht, sich eine Antwort zu geben.

Auch Sara, die ihren Vater auf dieser Fahrt begleitet hatte, war aufgewacht. Fröstelnd zog sie die Decke enger um sich und sah aus dunklen, tiefen Augen über die Pferderücken und den in der Luft dampfenden Atem der Nüstern weg in die flächige Schneelandschaft. Der Wagen kam nur langsam vorwärts, ins Stöhnen der Achsen sang helltönig, zuweilen leise aufkreischend der Schnee. Die Bäume zu seiten der Straße wuchsen dick und schwarz auf und versplitterten mit kahlen Aesten in den grauen Himmel, der ungerundet, ohne Form, mit langsamen, schweren Wolkenschritten über die trübblaue Fläche kroch. Calm übersann kopfschüttelnd das Tiefwinterliche dieses Märzmonats, das die Vorräte der Bauern aufzehrte und ihre Armut fast zur Hungersnot machte — die Wilddieberei, die Holzdiebstähle im Harz wurden immer zahlreicher, obgleich die Strafen härter waren als der Winter. Aber Calm fühlte, daß heute Tauwetter in der Luft lag — und es mußte einen stürmischen, wilden Frühling geben, um solchen Winter zu vertreiben. Calm lächelte in sich hinein. Er hatte dazu geholfen, droben in den Bergen. Bald würde dieser Frühling, sein Frühling, hinunterschreiten ins Tal, Kniestiefel an, Sensen in den Fäusten...

„Vater — wozu machste das eijentlich, das mit den Bauern?" fragte plötzlich Sara. Sie schien seine Gedanken mitgedacht zu haben.

„Wozu? — Das verstehste nich, Techterle. Das is Männerarweet." Er lachte und knallte mit der Peitsche. „Jerwerarweet!" Er sah froh über dies weite, prunklose Land, das er so liebte, das so trostlos aussehen und so blühen konnte, wenn es frei war vom Eis.

„Es ist doch gefährlich jetzt", fuhr Sara fort. „Sie können dir doch was tun!"

„Se solln versuchen!"

„Dellendahln haben neulich seine eigenen Arbeiter bedroht!"

Calm zuckte zusammen. „Nu ja — Dellendahln!" Er steckte die Peitsche in den Halter. Ein Haus an der Straße drehte sich dunkel vorüber, ein Hund im Hof kläffte mißtönig.

„Vater?" rief Sara ihn leise.

„Jo?" fragte es zurück. Und als sie eine Weile schwieg: „Was denne, Techterle?"

„Ich will Dellendahln heiraten", sagte sie ruhig.

Calm stieß den Atem laut heraus. Er hatte es gewußt, daß dies kommen würde, einmal. Er schüttelte den Kopf.

„Erstens nimmt e dich niche", antwortete er ebenso ruhig. „Wo wird en Christ heiraten an jüdisches Mächen!"

„Doch. Er will mich auch."

„Das sagt e so. Das mußte de doch nich jloowen."

„Doch, Vater. Das weeß ich. So is er nich."

Calm hatte sich den Verlauf dieses erwarteten Gespräches oft überlegt. Er wollte andere Worte sagen als die, welche sich ihm nun aufdrängten — aber jetzt, vor die Entscheidung gestellt, war doch zuerst sein strenges Judentum in ihm wach.

„Nee, Saralieb. Es is nich recht, wenn an jüdisches Mächen heiratet an Christen."

„Warum nich, Vater?"

Er wußte keine Antwort.

„Es jeht nich, Techterle."

Sie blieb ganz ruhig. „Vater — ich muß'n heiraten."

Er sah sie groß, fragend an. Sie nickte. „Ja. Im zweiten Monat."

„Das war nich recht von diche, Sara."

Beide schwiegen lange.

„Denn mußte oo iwwerträten zu de Christen?"

„Ja. Ich soll zum Superintendenten gehn."

Calm schloß die Augen. Er hielt nicht aus, was da vorüberzog. Da stand der Rabbiner, das verzweifelte, alte Gesicht dicht vor dem seinen. Da war das erregte Gestikulieren der Juden im Vorhof der Synagoge. Sie sprachen über ihn. Da waren die einsamen Jom-kippur-Abende. Jahr um Jahr, immer dieselben trostlos einsamen Jom-kippur-Abende. Da war die Wildnis.

„Vater?"

„Jo?"

„Darf ich ihm sagen, daß du — daß du nichts dagegen hast?"

Wieder mußte er die Augen schließen. Da spielte ein Kind, ihr Kind, von dem er begriff, daß es der einzige Sinn, der Morgen ihres dämmrigen Wesens war — sein Enkelkind, an dem er keinen Anteil haben würde. Es spielte in dem großen, schönen Fabrikhof, in dem man ihn nicht gerne sehen würde. Er würde auch gar nicht hineingehen. Nur sehen würde er wollen, vom Tor aus, wie die Arbeiter seine Tochter grüßten. Es war also gut so für sie.

„Jo, Techterle." Er fügte flach, fern von sich selbst, hinzu: „Der Härr soll segnen dich und ihn."

„Danke schön, Vater."

Plötzlich stieg's ihm heiß in die Kehle. Er suchte mit der Schulter ängstlich die ihre, ob sie noch da war: er wußte, daß er sie nun fortgegeben hatte. Für immer.

Die Zukunft stand vor seinen Augen. Er schloß sie nicht. Er starrte tapfer hinein. Er gab das Mädchen fort, weg an die Welt, die er bekämpfte. Er würde weiter schaffen an der neuen Welt, die er haben wollte, viele würden dazu gehören, Kniephake, Illner, alle Christen — sein Kind nicht. Er war allein — —

Calm sah verstohlen, flüchtig auf Sara, die in den langsam werdenden Morgen träumte — —

Er stöhnte auf. Ganz allein.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19330111/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

FEUILLETON DER LEIPZIGER VOLKSZEITUNG Mittwoch, 11. Januar 1933

Europa als Lehrmeister Japans

Der Opiumkrieg gegen China vor 90 Jahren

Die kapitalistische Welt ist entsetzt über das Vorgehen Japans in China. Die kapitalistische Presse zwingt sich Tränen statt Tinte in die Federn, um ihr tiefstes Bedauern über die militärische Vergewaltigung des friedliebenden Chinesenvolkes auszudrücken, welche Vergewaltigung eben nur von einem noch nicht ganz in den Kreis der Zivilisation gerückten Volke verübt werden könne. Aber man überließ es den deutschen Sozialdemokraten, einen ernsthaften Schritt zur Abhilfe zu tun.

Die Herrschaften sind schwach in der Geschichte oder, was noch wahrscheinlicher ist, sie wollen die eigenen Sünden verdecken, die Sünden des europäischen Kapitals, das vor neunzig Jahren mit denselben Methoden Ostasien zu „erschließen" begann, mit denen jetzt Japan gegen China vorgeht. Damals und bis zum Weltkrieg gebrauchten die kapitalistischen Hyänen und ihre Presse die Redewendung von der „friedlichen Durchdringung" fremder Länder. Wie diese pénétration pacifique des „friedlichen Warenhandels" ausgesehen hat, zeigt die ganze Kolonialgeschichte und zeigt besonders kraß die „friedliche Erschließung Ostasiens" durch die Opiumkriege, deren Darstellung uns in klassischer Form Rosa Luxemburg in ihrem 1913 erschienenen Werke Die Akkumulation des Kapitals hinterlassen hat:

*

Das klassische Beispiel des „sanften" und „friedliebenden" Warenhandels mit rückständigen Gesellschaften ist die moderne Geschichte Chinas, durch die sich, wie ein roter Faden, seit Beginn der vierziger Jahre, das ganze 19. Jahrhundert hindurch die Kriege der Europäer ziehen, deren Zweck war, China gewaltsam dem Warenverkehr zu erschließen. Durch Missionare provozierte Christenverfolgungen, von Europäern angezettelte Tumulte, periodische blutige Kriegsgemetzel, in denen sich die völlige Hilflosigkeit eines friedlichen Ackerbauervolkes mit der modernsten kapitalistischen Kriegstechnik der vereinigten europäischen Großmächte messen sollte, schwere Kriegskontributionen, mit dem ganzen System von öffentlicher Schuld, europäischen Anleihen, europäischer Kontrolle der Finanzen und europäischer Besetzung der Festungen im Gefolge, erzwungene Eröffnung von Freihäfen und erpreßte Konzessionen zu Eisenbahnbauten an europäische Kapitalisten — das waren die Geburtshelfer des Warenhandels in China von Anfang der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bis zum Ausbruch der chinesischen Revolution.

Die Periode der Erschließung Chinas für die europäische Kultur, d. h. für den Warenaustausch mit dem europäischen Kapital, wird durch den Opiumkrieg inauguriert, in dem China gezwungen wird, das Gift aus den indischen Plantagen abzunehmen, um es für die englischen Kapitalisten zu Geld zu machen. Im 17. Jahrhundert war die Kultur des Opiums durch die englische Ostindische Kompagnie in Bengalen eingeführt und durch ihre Zweigniederlassung in Kanton der Gebrauch des Gifts in China verbreitet. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts fiel das Opium so stark im Preise, daß es rapid zum „Volksgenußmittel" wurde. Noch im Jahre 1821 betrug die Einfuhr des Opiums nach China 4628 Kisten zum Preise von durchschnittlich 1325 Dollar, dann fiel der Preis auf die Hälfte, und 1825 stieg die chinesische Einfuhr auf 9621 Kisten, 1830 auf 26 670 Kisten. Die verheerenden Wirkungen des Gifts, namentlich der billigsten, von der armen Bevölkerung gebrauchten Sorten, gestalteten sich zur öffentlichen Kalamität und riefen als Notwehr seitens Chinas ein Verbot der Einfuhr hervor. Bereits 1828 hatte der Vizekönig von Kanton den Import von Opium verboten, was aber den Handel nur in andere Hafenstädte lenkte . . .

Daraufhin wurde 1833 ein verschärftes Gesetz erlassen, das für jeden Opiumraucher hundert Hiebe und zweimonatige Ausstellung am Pranger festsetzte. Die Gouverneure der Provinzen wurden verpflichtet, in ihren Jahresberichten die Erfolge des Kampfes mit dem Opium zu berücksichtigen. Der doppelte Erfolg dieses Kampfes lief freilich darauf hinaus, daß einerseits im Innern Chinas, namentlich in den Provinzen Honan, Setschuan und Kweitschan Mohnkulturen im großen Maßstab angelegt wurden, und daß anderseits England China den Krieg erklärte, um es zur Freigabe der Einfuhr zu zwingen. Nun begann die glorreiche „Erschließung" Chinas für die europäische Kultur in Gestalt der Opiumpfeife.

Der erste Angriff erfolgte auf Kanton. Die Befestigung der Stadt am Haupteingang des Perlflusses war denkbar primitiv. Ihr Hauptstück bestand in einer Sperre von eisernen Ketten, die täglich bei Sonnenuntergang in verschiedenen Abständen an verankerte Holzflöße befestigt wurden. Man muß noch berücksichtigen, daß die chinesischen Geschütze ohne jedwede Vorrichtung zum Höher- und Niedrigerstellen, also beim Gebrauch ganz harmlos waren. Mit dieser primitiven Befestigung, die gerade imstande war, ein paar Handelsschiffe an der Einfahrt zu verhindern, begegneten die Chinesen dem englischen Angriff. Zwei englische Kriegsschiffe genügten denn auch, um am 7. September 1839 die Durchfahrt zu erzwingen. Die sechzehn Kriegsdschunken und die dreizehn Brander, mit denen sich die Chinesen widersetzten, wurden in drei Viertelstunden zusammengeschossen und zerstreut. Nach diesem ersten Siege verstärkten die Engländer ihre Kriegsflotte bedeutend und gingen zu Beginn 1841 zum erneuten Angriff über. Diesmal erfolgte der Angriff gleichzeitig gegen die Flotte und gegen die Forts. Die chinesische Flotte bestand in einer Anzahl Kriegsdschunken. Schon die erste Brandrakete drang durch die Planken in die Pulverkammer einer Dschunke, so daß diese mit der ganzen Mannschaft in die Luft flog. Nach kurzer Zeit waren elf Dschunken einschließlich des Admiralsschiffs zerstört, der Rest suchte in wilder Flucht sein Heil. Die Aktion zu Lande nahm einige Stunden mehr in Anspruch. Bei der gänzlichen Untauglichkeit der chinesischen Geschütze schritten die Engländer mitten durch die Befestigungen, erklommen einen wichtigen Punkt, der ganz unbesetzt geblieben war, und metzelten die wehrlosen Chinesen von oben nieder. Die Schlußrechnung der Schlacht war: auf chinesischer Seite 600 Tote, auf englischer — 1 Toter und 30 Verwundete, wovon mehr als die Hälfte durch das zufällige Auffliegen eines Pulvermagazins Schaden erlitt. Einige Wochen später lieferten die Engländer ein neues Heldenstück. Es galt, die Forts von Anunghoy und Nord-Wantong zu nehmen. Hierzu standen auf englischer Seite nicht weniger als 12 Kriegsschiffe in voller Ausrüstung zur Verfügung. Außerdem hatten die Chinesen wieder die Hauptsache vergessen, nämlich die Insel Süd-Wantong zu befestigen. Die Engländer landeten also dort in aller Seelenruhe eine Haubitzenbatterie und beschossen das Fort von einer Seite, während die Kriegsschiffe es von der anderen unter Feuer nahmen. Wenige Minuten genügten, um die Chinesen aus den Forts zu verjagen und die Landung ohne Widerstand zu bewerkstelligen. Die unmenschliche Szene, welche nun folgte — so sagt ein englischer Bericht —, wird stets ein Gegenstand tiefen Bedauerns für die englischen Offiziere bleiben. Die Chinesen waren nämlich, als sie aus den Verschanzungen fliehen wollten, in die Gräben gefallen, so daß diese mit hilflosen, um Gnade flehenden Soldaten buchstäblich angefüllt waren. Auf diese liegende Masse menschlicher Leiber wurde nun von den Sepoys — angeblich entgegen dem Befehl der Offiziere — unablässig gefeuert.

So wurde Kanton dem Warenhandel erschlossen. Ebenso erging es den anderen Häfen. Am 4. Juli 1841 erschienen drei englische Kriegsschiffe mit 120 Kanonen bei den Inseln am Eingang zur Stadt Ningpo. Andere Kriegsschiffe trafen am folgenden Tage ein. Am Abend sandte der englische Admiral eine Botschaft an den chinesischen Gouverneur mit der Forderung, die Inseln zu übergeben. Der Gouverneur erklärte, daß es ihm zum Widerstande an Macht fehle, daß er jedoch ohne Befehle aus Peking die Uebergabe nicht vornehmen dürfe und daher um Aufschub bäte. Dieser wurde ihm nicht gewährt und um 2½ Uhr morgens begannen die Engländer den Sturm auf die wehrlose Insel. In neun Minuten waren Fort und Häuser am Strand ein rauchender Schutthaufen. Die Truppen landeten an der verlassenen Küste, die mit zerbrochenen Spießen, Säbeln, Schilden, Flinten und einigen Toten bedeckt war, und zogen vor die Wälle der Inselstadt Tinghai, um sie einzunehmen. Durch die Mannschaften der inzwischen eingetroffenen weiteren Schiffe verstärkt, legten sie am nächsten Morgen Sturmleitern gegen die kaum verteidigten Mauern und waren nach wenigen Minuten Herren der Stadt. Dieser glorreiche Sieg wurde von den Engländern mit folgender bescheidenen Meldung verkündet: „Den Morgen des 5. Juli 1841 hatte das Geschick als denkwürdigen Tag bezeichnet, an dem zuerst die Fahne Ihrer Majestät von England über der schönsten Insel des himmlischen Reiches der Mitte wehen sollte, das erste Banner, welches siegreich über diesen blühenden Fluren stand." Am 25. August 1841 erschienen die Engländer vor der Stadt Amoy, deren Forts mit mehreren hundert Kanonen größten chinesischen Kalibers armiert waren. Bei der fast gänzlichen Untauglichkeit dieser Geschütze sowie der Unbeholfenheit der Kommandierenden war die Einnahme des Hafens wieder ein Kinderspiel. Die englischen Schiffe näherten sich unter fortgesetztem Feuern den Wällen von Kulangsu, dann landeten die Seesoldaten und vertrieben nach kurzem Widerstand die chinesischen Truppen. Die Engländer erbeuteten dabei im Hafen 26 Kriegsdschunken mit 128 Geschützen, die von der Mannschaft verlassen waren. Bei einer Batterie leisteten die Tataren dem vereinigten Feuer von fünf englischen Schiffen heldenhaften Widerstand. Die gelandeten Engländer fielen ihnen aber in den Rücken und richteten unter ihnen ein vernichtendes Blutbad an.

So endete der glorreiche Opiumkrieg. Im Friedensschluß vom 27. August 1842 bekamen die Engländer die Insel Hongkong, ferner mußten Kanton, Amoy, Futschou, Ningpo und Schanghai dem Handel erschlossen werden. Fünfzehn Jahre später erfolgte der zweite Krieg gegen China, wobei diesmal die Engländer gemeinsam mit Franzosen vorgingen. 1857 wurde Kanton durch die verbündete Flotte ebenso heldenhaft wie im ersten Kriege erstürmt. Im Frieden von Tientsin 1858 wurde der Opiumeinfuhr, dem europäischen Handel und den Missionen Zutritt ins Innere des Landes gewährt. Schon 1859 eröffneten die Engländer von neuem die Feindseligkeiten und beschlossen, die Befestigungen der Chinesen am Peiho zu zerstören, wurden aber nach einer mörderischen Schlacht mit 464 Toten und Verwundeten zurückgeschlagen. Jetzt operierten England und Frankreich wieder zusammen. Mit 12 600 Mann englischer und 7500 französischer Truppen unter General Cousin-Montauban nahmen sie Ende August 1860 zunächst die Takuforts ohne einen Schuß, dann drangen sie bis Tientsin und weiter nach Peking vor. Unterwegs kam es am 21. September 1860 zu der blutigen Schlacht bei Palikiao, die Peking den europäischen Mächten preisgab. Die Sieger, die in die fast menschenleere und gar nicht verteidigte Stadt einzogen, plünderten zunächst den kaiserlichen Palast, woran sich General Cousin, der spätere Marschall „Graf von Palikiao", mit Eifer persönlich beteiligte, Lord Elgin aber ließ den Palast „zur Sühne" in Flammen aufgehen.

Jetzt wurde den europäischen Mächten zugestanden, Gesandte in Peking zu halten, Tientsin und andere Städte wurden dem Handel eröffnet. Während in England die Antiopiumliga gegen die Verbreitung des Giftes in London, Manchester und anderen Industriebezirken arbeitete und eine vom Parlament ernannte Kommission den Genuß des Opiums für höchst schädlich erklärte, wurde der Opiumeinfuhr nach China noch in der Tschifu-Konvention 1876 die Freiheit gesichert. Gleichzeitig sicherten alle Staatsverträge mit China den Europäern — Kaufleuten wie Missionen — das Recht auf Landerwerb zu. Hierbei half neben dem Feuer der Geschütze auch bewußter Betrug kräftig mit. Nicht nur bot die Zweideutigkeit der Vertragstexte eine bequeme Handhabe zur stufenweisen Ausdehnung der vom europäischen Kapital in den Vertragshäfen besetzten Gebiete. Auf Grund der bekannten frechen Fälschung im chinesischen Text der französischen Zusatzkonvention vom Jahre 1860, den der katholische Missionar Abbé Delamarre als Dolmetscher ausgefertigt hatte, wurde der chinesischen Regierung in der Folge das Zugeständnis abgepreßt, den Missionen nicht bloß in den Vertragshäfen, sondern in allen Provinzen des Reiches Landerwerb zu gestatten. Die französische Diplomatie wie namentlich die protestantischen Missionen waren einig in der Verurteilung der raffinierten Schwindelei des katholischen Paters, was sie jedoch nicht hinderte, auf der Anwendung der so eingeschmuggelten Rechtserweiterung der französischen Missionen energisch zu bestehen und sie 1887 ausdrücklich auch auf die protestantischen Missionen ausdehnen zu lassen.

Die Erschließung Chinas für den Warenhandel, die mit dem Opiumkriege begonnen worden war, wurde mit der Serie der „Pachtungen" und der Chinaexpedition des Jahres 1900 besiegelt, in der die Handelsinteressen des europäischen Kapitals offen in internationalen Landraub umschlugen . . .

Zwischendurch laufen in jedem Kriege Plünderungen und Diebstahl en gros der europäischen Kulturträger in den chinesischen Kaiserpalästen, öffentlichen Gebäuden, an altertümlichen Kulturdenkmälern, so gut wie im Jahre 1860, wo der Palast des Kaisers mit seinen märchenhaften Schätzen von Franzosen geplündert wurde, wie 1900, wo „alle Nationen" öffentliches und privates Gut um die Wette stahlen. Rauchende Trümmer größter und ältester Städte, Verfall der Ackerkultur auf großen Strecken platten Landes, unerträglicher Steuerdruck zur Erschwingung der Kriegskontributionen waren die Begleiter jeden europäischen Vorstoßes, Hand in Hand mit den Fortschritten des Warenhandels. Von den mehr als 40 chinesischen Treaty ports ist jeder mit Blutströmen, Gemetzel und Ruin erkauft worden.

Bunte Geschichten

Nacherzählt von Fiete Fischer

Egbert, der Eierkönig.

Im Direktionsbüro eines großen Neuyorker Tingeltangels erschien unlängst ein schmächtiges, unansehnliches Männchen mit Engagementswünschen. Der Direktor schaut sich das mikrige Wesen kopfschüttelnd an und fragt:

„Wer sind Sie?"

„Ich bin Egbert, der Eierkönig."

„Und was können Sie?"

„Ich esse drei Dutzend Hühnereier, zwei Dutzend Enteneier und ein Dutzend Gänseeier auf einen Sitz . . ."

„Nicht übel. Allerdings . . . wir geben mindestens vier Vorstellungen am Tag —

„Einverstanden."

„Tja — glauben Sie denn das durchhalten zu können mit Ihrer Nummer?"

„Ohne weiteres."

„Bedenken Sie aber, daß wir Sonnabends oft bis zu sechs Vorstellungen haben, und an Feiertagen mitunter sogar stündlich eine!"

Hier scheint Egbert doch unschlüssig zu werden:

„In diesem Falle müßte ich allerdings eine Bedingung stellen, bevor ich bei Ihnen eintrete . . ."

„Und die wäre?"

„Sie müßten mir unter allen Umständen Zeit genug lassen, um in meinem Hotel meine regulären Mahlzeiten in Ruhe einnehmen zu können."

Er kennt sich aus.

Senator Sorghum, von dem in Neuyork unzählige Anekdoten kolportiert werden, befand sich in einer Gesellschaft, wo jemand die alte Weisheit aufwärmte: das beste auf der Welt sei doch ein gutes Gewissen.

„Mag sein", gab er zu und betrachtete gedankenvoll die Zimmerdecke. „Das zweitbeste ist aber ganz bestimmt ein guter Rechtsanwalt . . ."

Mime und Marschall.

Babe Ruth, der beliebte Schauspieler, trat vor ein paar Jahren in Baltimore in einer Operette auf. Eines Abends stürzt der Inspizient aufgeregt in seine Garderobe und berichtet: General Foch sei im Theater und wünsche ihn kennenzulernen.

Ruth ist entsetzt:

„Du meine Güte — was sag ich ihm bloß?!" fragt er seinen Partner Wellington Croß, „ich habe keine blasse Ahnung, wovon man mit solch großen Tieren spricht . . .!"

Der gewandtere Croß lächelt überlegen:

„Sehr einfach — du gibst ihm die Hand und erzählst ihm, was dir gerade einfällt . . ."

„Na schön", sagt Ruth beklommen.

Und als nach Schluß der Vorstellung der Marschall seine Garderobe betritt, begrüßt ihn Ruth . . . unter dem imponierenden Eindruck der strahlenden Uniform . . . respektvoll und eröffnet das Gespräch in leichtem Plaudertone mit der Frage: „Waren Sie im Krieg?"

Die Talentprobe

Sascha Guitry, dem großen Pariser Schauspieler, wurde eine junge Dame empfohlen, die ihm unbedingt vorsprechen wollte. Er beschied sie zu sich und forderte sie auf, aus irgendeiner klassischen Rolle etwas aufzusagen. Worauf das Fräulein einen Moment düster vor sich hinblickte, einige Schritte tat und sodann den Anfang der Erkerszene aus Romeo und Julia vom Stapel ließ. Es war fürchterlich.

Guitry hörte ihr in resigniertem Grimm zu. Als sie verstummte, stand er auf, ließ einen Augenblick die Hand auf ihrem Haupte ruhen und sagte:

„Mein liebes Kind — heiraten Sie bald!"

Ein Richard Wagner gesucht. Das Duke of York Theater hat die Aufführung von „The Beggars Bowl" (wörtlich: „Des Bettlers Schüssel"), das die Liebesgeschichte Richard Wagners behandelt, vorläufig verschieben müssen, weil unter den englischen Schauspielern kein Typ, der Richard Wagner hätte darstellen können, aufzutreiben war. Die Regisseure haben sich jetzt auf die Wagner-Suche nach dem Kontinent begeben.

Einen Proletarischen Kunstabend veranstaltet der Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig am Sonnabend, dem 14. Januar, 20 Uhr, im Felsenkeller. Mitwirkende sind die Michaelschen Chöre Leipzig-West unter Leitung von A. Barth, das Paul-Michael-Quartett und Kurt Lindenhahn (Tenor) als Solist. Kurt Jobst wird rezitieren und Genosse Hermann Strobel hält eine Ansprache. Zum Vortrag gelangen u. a. Chöre von Eisler, Scherchen und Lendvai.

Neue Messungen der Höhenstrahlung. Professor Regener vom Physikalischen Institut der Stuttgarter Technischen Hochschule, der die Tiefseemessungen am Bodensee und grundlegende Untersuchungen über die Ultra-Strahlen mit Hilfe von Registrierballons bis zu einer Höhe von 26 Kilometern im letzten Sommer unternahm, hat jetzt neue Messungen mit unbemannten Registrierballons bis zur gleichen Höhe vorgenommen. Der Versuch, der in jeder Beziehung glückte, sollte gewisse Höhen-, Temperatur- und Druckverhältnisse näher bestimmen. Bis zu der erreichten Höhe kann nun ein exaktes Bild von den Wirkungen der Höhenstrahlung, sowie von den Temperatur- und Druckverhältnissen entworfen werden.

Das unähnliche Bild

Dieses Thema hat in Paris zu einer bemerkenswerten gerichtlichen Entscheidung geführt. Ein Pariser hatte sich geweigert, ein Porträt seiner Frau anzunehmen, das von Viktor Guirand de Scévola gemalt worden war. Er behauptete, daß das Gemälde keinerlei Aehnlichkeit mit der Dargestellten aufwies, und daß es auch unter dem Niveau dieses Künstlers stehe, so daß es nicht den verlangten Preis von 2500 Mark verdiene. Das erste Gericht, das über die Sache zu entscheiden hatte, kam zu dem Schluß, daß Sachverständige gerufen werden müßten; aber der Maler weigerte sich, diese Entscheidung anzunehmen, und so gelangte die Streitfrage vor die höhere Instanz. Diese hat nun den Grundsatz bestätigt, daß Sachverständige darüber zu entscheiden hätten; aber sie hat als deren Aufgabe näher bestimmt, „zu erklären, ob das gelieferte Gemälde ein solches wäre, wie der Kläger berechtigt war, es zu erwarten, wobei die Voraussetzung wäre, daß er den Stil und die Malweise des Künstlers kennen mußte". Diese Entscheidung hat die Bedeutung, daß ein Maler nicht verpflichtet ist, in erster Linie auf photographische Aehnlichkeit zu achten, sondern daß sein Werk nicht unter seinem gewöhnlichen Niveau stehen darf.

Auffindung eines Aischylos-Fragments. Der 84jährige Professor für klassische Philologie an der Florentiner Universität, Vitelli, hat aus einigen Papyri Bruchstücke einer Tragödie des Aischylos entziffert sowie ein Satyrspiel und ein Komödienfragment desselben Dichters. Die Papyri wurden von dem Leiter des griechisch-römischen Museums in Alexandria, Professor Breccia, bei Ausgrabungen in Aegypten gefunden.

Der Pianist Pachmann gestorben

Wladimir von Pachmann,

der trotz seines greisen Alters auch in den letzten Jahren als Konzertpianist besonders als Chopin-Interpret große Triumphe feierte, ist im Alter von 85 Jahren in Rom gestorben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19330111/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Posaunen auf der Flucht

Ein Leser unseres Blattes teilt uns mit, daß in einem Inserat in den LNN vor einiger Zeit Leute mit „nationalistischer Gesinnung" zur Bildung eines Orchesters gesucht wurden. Um zu erfahren, was dahinter stecke, erkundigte er sich, welchen Zwecken das Orchester dienen sollte. Und er erfuhr, daß die Flucht aus der Nazipartei, die bis in die vielgerühmte Kapelle der SA ihre Lücken gerissen hat, den Nazihäuptlingen Veranlassung gab, die entflohenen Schäfchen irgendwie wieder einzufangen. Zu diesem Zwecke sollte ein neues Orchester gebildet werden, um zu verhindern, daß die musikbeflissenen Nazileute zu der Musikkapelle der Kommunisten übersiedeln. Die Inserenten fügten geheimnisvoll hinzu, daß die Reichswehr diese Orchesterbildung fördere und daß sogar die Reichsregierung ihre Unterstützung zugesagt habe. Wir wissen natürlich nicht, was Wahres an diesen letztgenannten Angaben der Inserenten ist. Aber ist es nicht auch bezeichnend für die Mentalität der Nazileute überhaupt, wenn die Nazihäuptlinge allen Ernstes glauben, befürchten zu müssen, die Helden der grimmigsten antimarxistischen Front, die bei den Nazis nicht mehr die gesuchte Befriedigung finden, könnten direkt und mit samt ihren Posaunen zu den angeblich grimmigst gehaßten Feinden, den Kommunisten überlaufen. Allgemein pflegt man solches Verhalten Desertion zu nennen und den Deserteur seiner bisher zur Schau getragenen Gesinnung halber mit Verachtung zu begegnen. Bei den Nazis ist es nit asu. Sie wissen offenbar, daß ihre ganzen Banden mehr oder weniger jedem zu jedem Dienst sich bereit finden, wenn der Dienst ihnen selbst Befriedigung ihres Ehrgeizes oder Befriedigung anderer Art bringen könnte. Nur aus diesem Grunde sei das an sich nicht besonders belangvolle Vorkommnis mitgeteilt.

Ein unerhörter Mißbrauch des Gastrechts im Volkshaus

Der Vorstand der Leipziger Ortsgruppe des Reichsbundes deutscher Mieter war auf den verworrenen Gedanken gekommen, nachdem man einen Kommunisten und einen Sozialdemokraten über Mieterfragen hätte sprechen lassen, auch einen Nazi als Referenten zu bestellen. Wir haben gewiß nicht den Ehrgeiz, der Mietervereinigung in ihre Interessenangelegenheiten hineinreden zu wollen. Wenn aber eine proletarische Leitung einer durchweg proletarischen Organisation auf solche ausgefallene Ideen verfällt, so gibt das doch allerhand zu bedenken. Jedenfalls hat auf sie der verzweiflungsvolle Kampf der Eisernen Front gegen die Nazi-Pest nicht die geringsten Spuren einer Erkenntnis hinterlassen, daß die ganze Nazi-Ideologie auf nichts anderem als Verlogenheitspolitik beruht. Und wenn obendrein eine solche Vorstandschaft einem Träger der verlogenen Nazi-Ideologie nach dem Volkshause, der Hochburg des geistigen Kampfes gegen das ungeistige Untermenschentum der Partei der Kameradenmörder und blutdürstigen Stürmer vieler Volkshäuser der freigewerkschaftlich-sozialdemokratischen Bewegung, einladet, so ist das nichts anderes als ein unerhörter Mißbrauch des Gastrechts.

Ueber den Verlauf dieser Veranstaltung folgendes: Die Nazis hatten ihren skrupellosesten Verleumder von Sozialdemokratie und Sozialdemokraten entsandt. Selbstverständlich, daß die Volkshausverwaltung sofort, als sie von diesem ungeheuerlichen Mißbrauch des Gastrechts erfuhr, die Entfernung Haakes verlangte. Selbstverständlich auch, daß unter den Gästen des Volkshauses sofort nach dem Bekanntwerden der Anwesenheit Haakes hellste Empörung aufflammte. Und ebenso selbstverständlich, daß Held Haake, als er sah, wie ungeteilt die Zurückweisung der Zumutung des Leipziger Vorstandes des Reichsbundes deutscher Mieter war, Höllenangst bekam. Kreidebleich und mit angstschlotternden Knien stand er da. Hatte er gehofft, bei den bis auf den Tod und in zahlreichen Fällen mit Messern und Revolvern bekämpften Marxisten Proselyten machen zu können, so wurde er durch die sich immer wiederholten Rufe: „Haake raus!" eines besseren belehrt. Das Nazi-Blättchen wird zweifellos über einen großen Sieg Haakes berichten. „Einsichtsvolle Marxisten" öffnen den Heilslehren der „einzigen deutschen Erneuerungsbewegung" freiwillig ihre Front, wird man jubilierend verkünden. Aber die Nazis dürfen überzeugt sein: Sowas, wie es sich gestern im Volkshaus ereignete, solche Besudelung des Stolzes der gesamten internationalen sozialistisch-gewerkschaftlichen Bewegung gibt es nur einmal.

Zum Mord in der Scheffelstraße

Die Sektion der ermordeten 73 Jahre alten Lehrerswitwe Pauline Z. hat ergeben, daß der Tod infolge gewaltsamen Erstickens durch Einstopfen des Knebels in den hinteren Teil der Mundhöhle eingetreten ist. Am Körper vorgefundene Spuren lassen, wie bereits berichtet, erkennen, daß ein Kampf stattgefunden hat, bei dem die Ermordete Schläge und Stöße erhielt, die jedoch den Tod nicht bewirkt haben.

Zur Aufklärung des Mordes dienliche Anhaltspunkte haben sich bisher nicht ergeben. Alle hierzu dienlichen Angaben, mögen sie auch noch so gering erscheinen, wolle man schnellstens dem Polizeipräsidium — Kriminalamt — mitteilen.

Neuregelung der Müllabfuhr in Leipzig

Eine städtische Angelegenheit

Durch die Neujahrsrede des Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler wurde wieder einmal festgestellt, daß die Müllabfuhr in Leipzig sich in einem Zustande befindet, wie ihn rückständiger wohl kaum eine Stadt in Deutschland aufweist. Es wird deshalb eine der dringendsten Aufgaben der Stadtverwaltung sein, nun endlich und schleunigst an die Durchführung einer einwandfreien Müllabfuhr heranzugehen. Ueber das Wie dürfte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ein gewichtiges Wörtchen mitzureden haben.

In einem Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten wird die „Meinung der Beteiligten" zum Ausdruck gebracht. Man möchte es so hinstellen, als ob die Frage der Müllabfuhr eine Angelegenheit der Hausbesitzer und der Fuhrunternehmer wäre. Die Alt-Hausbesitzer erklären, daß die Aschengruben in überwiegender Zahl sich in „gebrauchsfähigem Zustande" befinden. Wie steht es in der Wirklichkeit?

Es kann nicht bestritten werden, daß durch die monatelange Lagerung des Mülls in den Aschengruben die Gefahr der Bakterienbildung äußerst groß ist. Auch dann, wenn die Gruben sich in „gebrauchsfähigem Zustand" befinden sollten. Alle Küchenabfälle werden in die Aschengruben versenkt. Dort gehen sie in Gärung über, locken Ratten an und vermehren sie. In der Altstadt befinden sich zum Beispiel Aschengruben, die von den Ratten durch unterirdische Laufgänge zu einer „uneinnehmbaren Festung" gemacht worden sind. Bei der Interessengemeinschaft zwischen Hausbesitzer und Fuhrunternehmern werden diese Bollwerke der Ratten begünstigt. Die Hauswirte haben ein Interesse daran, ihre Gruben so billig wie möglich räumen zu lassen und treiben die Fuhrwerksbesitzer zu immer niedrigeren Angeboten. Die Fuhrunternehmer suchen sich zu helfen, indem sie die Aschengruben nicht bis auf den Grund leeren, sondern einen Rückstand lassen. Was damit für gesundheitliche Gefahren heraufbeschworen werden, braucht nicht besonders auseinandergesetzt zu werden.

Die Aschengruben müssen daher für immer geschlossen werden

Bei Neubauten ist schon jetzt die Anlage von Aschengruben zu verbieten.

Und der Rat muß bei seinen eigenen Bauten mit gutem Beispiel vorangehen, nötigenfalls ist es Aufgabe des Gesundheitsdezernenten, hier einigen Dampf dahinterzusetzen.

Bei den Bestrebungen der Fuhrwerksbesitzer, recht billig zu sein, sind obendrein die Arbeiter die Leidtragenden, die die äußerst ungesunde Räumung der Aschengruben durchführen müssen. Der Lohn wird gedrückt, die Arbeitszeit ins Unermeßliche gesteigert, um möglichst viel Profit herauszuwirtschaften. Wie ungesund und gefährlich das Grubenräumen ist, kann man daran ermessen, daß bereits Räumungsarbeiter durch Insektenstiche tödlich mit Grubenbakterien infiziert worden sind, wie Stadtbezirksarzt Dr. Poetter in einer Sitzung des Verwaltungsrats für das Reinigungsamt feststellte. Obwohl man unendlich oft versichert, die Frau gehöre nicht in gesundheitsgefährliche Betriebe, gibt es Fuhrunternehmer, die gewissenlos genug sind, Frauen bei dieser gesundheitsgefährlichen Arbeit zu beschäftigen, nur um Lohn zu sparen.

Eine der wichtigsten Fragen ist, ob

Regie- oder gemischtwirtschaftlicher Betrieb

Wenn in dem Artikel der LNN auseinandergesetzt wird, daß die kleinen Fuhrunternehmer nicht in der Lage seien, Neuanschaffungen zu machen, und dann im selben Atemzuge davon gesprochen wird, ortsgesetzliche Bestimmungen für geschlossene Abfuhr zu schaffen, so liegt doch darin ein arger Widerspruch. Oder soll das heißen, daß die Stadt die für die geschlossene Abfuhr notwendigen Behälter und vielleicht auch noch die Fahrzeuge beschaffen und im übrigen den Fuhrunternehmern die Abfuhr überlassen soll? Das würde doch wohl auf nichts anderes als darauf hinauslaufen, einigen Fuhrunternehmungen großen Profit zuzuschanzen. Denn auch in einem gemischtwirtschaftlichen Betrieb würde der Einfluß der Stadtverwaltung sehr gering sein. Es braucht nur an die Außenbahn erinnert zu werden, der die Stadt die Wagen zur Verfügung stellt, sonst aber nicht allzuviel zu sagen hat. Wenn die LNN sich mit einer Sorgenkummermiene schmücken, so steht ihr das sehr übel. Ebenso dem Oberbürgermeister, der solche Sorgen immer mit durchklingen läßt. Jedenfalls ist man gleiche Töne nicht gewöhnt, wenn es sich um die Brotlosmachung von Hunderten von Arbeitern handelt, die bei der Durchführung irgendeines der vielen stadträtlichen Sparprogramme aufs Pflaster geworfen werden.

Nach den Erfahrungen der Städte kann für die restlose Durchführung einer hygienisch einwandfreien Müllabfuhr nur ein städtischer Regiebetrieb in Betracht kommen. Nur ein kleiner Teil von Städten ist anders verfahren. Und alle, auch Städte mit gemischtwirtschaftlichem Betrieb, wären froh, wenn sie ihn wieder loswerden könnten. Vom Rate muß deshalb verlangt werden, daß er das vom Verwaltungsrat für das Reinigungsamt bereits beschlossene Ortsgesetz beschleunigt verabschiedet und unmittelbar anschließend den Stadtverordneten eine entsprechende Vorlage zugehen läßt, damit nun endlich den fortgesetzten Beteuerungen von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Müllabfuhr die von diesem Skandal befreiende Tat folgt. Der tatkräftigen Hilfe der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion kann er versichert sein.

—tz—

Spendet zur Leipziger Nothilfe

Die Leipziger Nothilfe schreibt uns mit der Bitte um Veröffentlichung: Noch viel Not gilt es zu lindern in den Kreisen unserer ärmsten Mitbürger. Zur Beschaffung von Nahrung, Kleidung und Heizung werden fortgesetzt noch große Mittel gebraucht. Helft aber auch die geistige Not mildern. Spendet gute Bücher (schöne Literatur von Wert, Lebensbeschreibungen und Erinnerungen, Reisebeschreibungen, Bücher über Natur und Kunst, Selbsttätigkeit und Selbstbildung u. a.).

Geldspenden nehmen alle städtischen Kassenstellen, Banken und die Geschäftsstellen dieser Zeitung entgegen, oder können auf die Konten der Leipziger Nothilfe:

Nr. 20 288 bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,

Nr. 2640 bei der Stadt- und Girobank und

Nr. 15 584 beim Postscheckkonto Leipzig

eingezahlt werden.

Sachspenden werden in der Geschäftsstelle der Leipziger Nothilfe, Rudolphstraße 2 a, Erdgeschoß, angenommen oder auf schriftliche bzw. fernmündliche Nachricht hin (Fernsprecher 705 21, Hausanschluß 519 oder 790) abgeholt.

Bücher werden außerdem in allen Buchhandlungen, Schulen und Zeitungsgeschäftsstellen entgegengenommen.

Kameradschaften junger Erwerbsloser

Dieses Thema wird in der außerordentlichen Vertreterversammlung des Ortsausschusses Leipzig der Jugendverbände am **Freitag, dem 13. Januar, 20 Uhr, im Sozialpädagogischen Frauenseminar,** Königstr. 18, behandelt. Redner ist der 1. Vorsitzende des Ortsausschusses, Direktor Mieth.

Wir laden die Leipziger Jugendführerschaft zu dieser außerordentlich wichtigen Vertretertagung ein. Neben den stimmberechtigten Mitgliedern haben auch Gäste Zutritt. Gasttarten können bei der Geschäftsstelle des Ortsausschusses Leipzig der Jugendverbände, Leipzig C 1, Töpferstraße 2 (Städt. Jugendheim L.-Mitte), Zimm. 4, angefordert werden.

15 266 Kraftfahrzeuge in Leipzig

Am 1. Januar 1933 waren im Stadtgebiet Leipzig insgesamt 15 266 (im Vorjahre 16 403) Kraftfahrzeuge, darunter 3915 (3640) Kleinkrafträder, 2591 (3215) Großkrafträder, 6024 (6639) Personenkraftwagen, 2470 (2644) Lastkraftwagen, 21 (21) Kraftfahrzeuge der Feuerwehr, 60 (48) Straßenreinigungsmaschinen, 185 (196) Zugmaschinen zugelassen.

Hilfe den Gefangenen. In Ergänzung des Aufrufs „Hilfe den Gefangenen", teilen wir noch mit, daß Geldsendungen und Spenden an die Arbeiterwohlfahrt, Leipzig, Hahnekamm 1, zu richten sind.

Freibank-Fleischverkauf. Morgen Donnerstag an Freibank I und II Verkauf.

Schwerbeschädigte auf Probe

wk. Im Reichsversorgungsblatt werden soeben die Entscheidungsgründe des Urteils des Reichsarbeitsgerichts vom 11. Juni 1932 veröffentlicht, nach dem ein mit einem Schwerbeschädigten abgeschlossener, auf Kündigung stehender Arbeitsvertrag mangels der Voraussetzungen des Paragraph 17 des Schwerbeschädigtengesetzes dem Kündigungsschutzrecht des Paragraph 13 desselben Gesetzes nicht durch eine Probeabrede entzogen werden kann.

Zuweisen wird von Betriebsunternehmern, die von der Hauptfürsorgestelle aufgefordert waren, die gesetzliche Pflichtzahl von Schwerbeschädigten einzustellen, mitgeteilt, daß ein Schwerbeschädigter eingestellt worden sei, jedoch zunächst nur auf Probe, so daß er, falls er sich als ungeeignet erweise, jederzeit gemäß Paragraph 17 des Schwerbeschädigtengesetzes ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle entlassen werden könne. Der Paragraph 17 des angeführten Gesetzes bezieht sich jedoch auf Unternehmer, die ihrer Einstellungspflicht Schwerbeschädigter bereits genügt haben und kann daher auf einen noch einstellungspflichtigen Betriebsunternehmer keine Anwendung finden. In einem derartigen Falle ist vielmehr nach dem Standpunkt der Hauptfürsorgestellen stets die Entlassung eines zur Probe angenommenen Schwerbeschädigten an die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle gebunden.

Falls der Unternehmer feststelle, daß der betreffende Schwerbeschädigte für seinen Betrieb vollkommen ungeeignet sei, so habe er die Möglichkeit, die Zustimmung zu dessen Entlassung auf Grund des Paragraph 14 des Schwerbeschädigtengesetzes gegen Einstellung eines anderen Schwerbeschädigten zu beantragen. Diesen Standpunkt hat das Reichsarbeitsgericht durch sein oben angeführtes Urteil, dem jetzt die ausführlichen Entscheidungsgründe gefolgt sind, bestätigt.

Zum Mittellandkanal

Um die Förderung des Südflügelbaues.

Wie wir erfahren, werden gegenwärtig beachtliche Schritte unternommen, um das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet seiner Bedeutung entsprechend in das Arbeitsbeschaffungsprogramm einzubeziehen. So hat sich eine Kommission gebildet, der u. a. Stadtrat Dr. Leiske, Leipzig, Dr. Uhlig, Syndikus der Industrie- und Handelskammer Leipzig, und Stadtbaurat Prof. Dr. Hellmann, Halle, angehören. Dieser Ausschuß hat sich die Förderung des Südflügelbaues im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms zum Ziel gesetzt und beabsichtigt, darüber mit dem Reichskommissar Dr. Gereke in Berlin zu verhandeln. Derselben Frage gilt eine Besprechung, die Oberbürgermeister Dr. Goerdeler und Oberbürgermeister Dr. Rive, Halle, wie wir weiter hören, am Donnerstag in Berlin mit dem Reichsverkehrsminister haben wird.

Wer ermordete den SA-Mann Hentsch?

Darüber spricht heute Mittwoch,

20 Uhr, im großen Saale des Zoo

Landtagspräsident a. D. Genosse

Kurt Weckel, Dresden SPD Groß-Leipzig

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19330111/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre

Alt-Leipzig (Ost). Freitag, 13. Januar, im Rest. Gutenberg Funktionärsitzung: Stellungnahme zur Generalversammlung.

Frauen

Groß-Leipzig. Frauen-Agitationskommission Freitag, 13. Januar, 18 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 11a und 12a, nicht Zimmer 34. — Frauenleiterinnen ebenfalls 11a und 12a erst 19 Uhr.

Connewitz. Wir treffen uns Donnerstag zum Besuch der Arbeitsgemeinschaft Starrmann-Hunger im Volkshaus 19 Uhr an der Kaiserin-Augusta-Straße/Ecke Südstraße.

Thonberg-Neureudnitz. Morgen beginnt die Arbeitsgemeinschaft mit Genossin Starrmann-Hunger. Einzeichnung kann noch in der Filiale bei dem Genossen Troitzsch erfolgen.

Böhren. Donnerstag, 12. Januar, 20 Uhr, im Gasthof Schießgraben Lichtbildervortrag des Genossen Rich. Lehmann: „Die Völker der Erde im Banne von Zauberern und Wahrsagern"

Lößnig. Donnerstag treffen wir uns zum Besuch der Arbeitsgemeinschaft Starrmann-Hunger im Volkshaus 19 Uhr an der Bahnbrücke.

Wahren. Freitag, 13. Januar, 20 Uhr, in der Turnhalle: Bunter Abend mit Schallplatten. Referent: Genosse Kern.

Gohlis. Wer am Kursus Starrmann-Hunger teilnehmen will, kann sich noch am Donnerstag, 12. Januar, 20 Uhr, im Volkshaus, Café Mitte und links einziehen. Mitgliedsbuch mitbringen.

Plagau. Donnerstag, 12. Januar, Frauenabend im Volkshaus. Neuwahlen und heitere Vorlesung.

Erwerbslosenversammlungen

Dewitz. Freitag, 13. Januar, 16 Uhr, in der Schule. Referat des Genossen Siebeck: „Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosen".

Bezirk Süden. Freitag, den 13. Januar, 15 Uhr, im Eiche-Vereinshaus Referat des Genossen Zeigner: „Der Weg zur Macht".

Sozialistische Arbeiterjugend

Fanfarenchor Groß-Leipzig. Heute abend kommen alle Bläser und Trommler zur Mitwirkung in den Zoo. Wir treffen uns 19.30 Uhr auf der Bühne, Eingang beim Restaurant.

Bezirk Westen I. Die Jahresversammlung findet schon Freitag, 13. Januar, 20 Uhr, im Turnerheim Lindenau, verlängerte Rietschelstr., statt.

Bezirk Süden. Sonnabend, 14. Januar, Bezirksgeneralversammlung im Feldschlößchen Großstädteln. Beginn 20 Uhr. Genosse Rudolf Kluge spricht.

Hordenführerschulung: Nächster Schulungsabend am Montag, 16. Januar, im Kartellsaal des Volkshauses. Genosse Enno Narten spricht über: „Die Kulturbestrebungen der SAJ. Beginn 20 Uhr. Die Teilnahme ist für alle Hordenführer, Hordenhelfer, Gruppenvorsitzende, überhaupt alle Bildungsfunktionäre Pflicht.

Sozialistische Schülergemeinschaft

Gruppe 3. Donnerstag, 17 Uhr, im Jugendheim Nord II, Gustav-Kühn-Straße 4.

Arbeitsgemeinschaft. Donnerstag, 19 Uhr, im Studentenheim.

Funktionäre. Die für Freitag angesetzte Sitzung fällt aus.

Arbeitskreis junger Sozialdemokraten

Osten. Donnerstag, 20 Uhr, Zusammenkunft im Arbeiterheim

Zwenkau. Donnerstag Zusammenkunft im Volkshaus, kleiner Saal.

Gohlis. Freitag, 13. Januar, 20 Uhr, kommen wir in der Bibliothek, Friedrich-Karl-Straße 8, zusammen. Bringt die LV vom 13. Januar mit; wir besprechen: Wie liest man eine Zeitung?

Sozialistische Hochschulgemeinschaft

Freitag, 13. Januar, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9, Ausspracheabend mit Gen. Heiland: „Wir und die Reichsreform".

Schule

Jugendweihekinder der 16., 17. und 53. Volksschule. Freitag, den 13. Januar, 16.15 Uhr, am Kirchplatz. Vergeßt nicht eure Geschichtsbücher mitzubringen.

Gemeinschaft Kinderfreunde

Bezirk Leipzig. Am Sonntag ist im Film ein Ledergürtel gefunden worden. Er ist im Sekretariat abzuholen.

Bezirk Westen. Sonnabend, 20 Uhr, im Heim Helfersitzung.

Osten II. Die Helfer treffen sich heute 18.30 Uhr am Mohrenplatz. Wir gehen in die Zoo-Versammlung.

Lindenau. Donnerstag Obleute ab 17 Uhr im Heim.

Wiedau. Bis Freitag sind alle Sparkarten von Jufa I und Rofa II beim Helfer abzuliefern. Donnerstag alle Rote und Jungfalken baden. 14.30 Uhr am Platz. 15 Pf. mitbringen. Alle Großsteinbergfahrer sind Freitag 17 Uhr im Heim. Geld mitbringen. Sonnabend Stellen 14 Uhr am Platz.

Genossenschaft

93. Verteilungsstelle, Freitag, den 13. Januar, 20 Uhr, im Neuen Gasthof Wiederitzsch Filmabend. 16.30 Uhr Kindernachmittag.

Mitgliederveranstaltungen

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Sonnabend, den 14. Januar, 20 Uhr, findet im Felsenkeller Leipzig-Plagwitz unser proletarischer Kunstabend statt, ausgeführt von den Michaelschen Gemischten und Männer-Chören und Soloquartett Paul-Michael-Quartett. Eintritt 30 Pf. Erwerbslose und Jugend 20 Pf. Genossinnen und Genossen! Erscheint mit euren Angehörigen und Freunden

Zwenkau. Freitag, 13. Januar, 20 Uhr, in der Sommerlust Generalversammlung: 1. Berichte, 2. Neuwahlen, 3. Anträge, 4. Verschiedenes.

Alt-Leipzig (Norden). Freitag, 13. Januar, 20 Uhr, in der Blücherburg, Blücherstraße 43, Jahres-Hauptversammlung. Bericht und Neuwahlen. Restloses Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht. Mitgliedsbücher nicht vergessen.

Lützschena. Unsere Generalversammlung findet nicht am 14. Januar, sondern erst am 28. Januar statt.

Aus der Umgebung

Ein Räuber will in die Kirche

In Böhlitz-Ehrenberg überraschte der Kastellan Paul Weber in der Nacht zum Dienstag einen Einbrecher im Kirchengemeindehaus im Vorraum zu den Kanzleien und zum Bethaus. Der Räuber sprang auf den Kirchendiener zu und schlug ihn, der nach dem Fremden faßte, unter dem Ruf:

„Geh weg, sonst schlag ich dich tot!"

mehrmals auf den Kopf, gewann das offene Portal und entwich in die Nacht hinaus. Die sofort mit Spürhund aufgenommene polizeiliche Verfolgung verlor die Spur, da der Flüchtige offenbar ein bereitgestelltes Fahrrad bestiegen hatte.

Der Dieb hatte beim Oeffnen des Hauptportals eine Alarmvorrichtung ausgelöst, die den Kastellan aus dem Schlafe riß.

Bezirk äußerer Süden

Die diesjährige **Jugendfeier** findet am Sonntag, dem 26. März, statt. Der Unterricht beginnt am Sonntag, dem 15. Januar, 14.30 Uhr, im **Turnerheim Cröbern.** Alle Kinder, die sich an der Jugendfeier beteiligen wollen, haben sich dort einzufinden. Bringt noch Kinder mit, die sich auch noch nicht angemeldet haben. Anmeldungen können dort noch erfolgen.

Verordnetensitzung in Engelsdorf

ll. Zur ersten Sitzung der neuen Verordneten war schon vor Beginn der Zuhörerraum gefüllt. Als der Nazihäuptling Kornagel mit verbundenem Kopfe erscheint, wird er mit schallendem Hohngelächter empfangen, da man weiß, daß der Nazirecke sich seine Verletzung in der „Diskussion" mit Angehörigen der Straßerrichtung geholt hat.

Unter Vorsitz des Bürgermeisters wurde Genosse Rabe zum **Verordnetenvorsteher** gewählt. Der Kommunist Walter Otto stellt drei Geschäftsordnungsanträge: Unbeschränkte Oeffentlichkeit für diese Sitzung, die künftigen im Gasthof abzuhalten und die **Erwerbslosenanträge** auf die Tagesordnung zu setzen. Der Kommunist Rothe verlangt, eine Erwerbslosendelegation zu empfangen. Unsere Genossen erklären den Kommunisten, sie kennten die Lage der Erwerbslosen selbst zur Genüge, so daß es überflüssig ist, diese noch zu bestellen, worauf Rothe einem Genossen der SPD-Fraktion zuruft: **„Ich haue dir ein paar in die Fressel"** Bei den wüsten kommunistischen Schimpfereien gegen die eigenen Klassengenossen bleibt es allein uns überlassen, mit den recht deprimierten Nazis abzurechnen. Der Verordnete Jäger (Bürgerliche Einheitsliste) erklärt, daß sich seine Fraktion (3 Mann) mit den drei Nazis zu einer „Nationalen Arbeitsgemeinschaft" zusammengeschlossen hat.

Die Abstimmung ergibt den Beschluß, dem Platz entsprechend noch 20 Einwohnern Einlaß zum Zuhörerraum zu gewähren. Der Antrag, die Sitzungen im Gasthof abzuhalten, wird abgelehnt. Einstimmig wird beschlossen, die Behandlung der Erwerbslosenanträge auf die Tagesordnung zu setzen, eine Erwerbslosendelegation zu empfangen, wird abgelehnt.

Die SPD-Fraktion beweist dann ihren **Willen zur Einheitsfront,** indem sie keinen ersten Vorsteherstellvertreter aufstellt und dafür den Kommunisten Walter Otto wählt. Zum zweiten Stellvertreter wird der Genosse Preil und zum dritten der Genosse Wieprich gewählt. Als Bürgermeisterstellvertreter werden gewählt: zum ersten Genosse Riedel, als zweiter, durch die Stimmen der SPD, der **Kommunist Walter Otto,** und zum dritten der Bürgerliche Jäger.

Die **Erwerbslosenanträge werden einstimmig angenommen,** die u. a. die Errichtung einer Wärmehalle, kostenlos Essen aus der Volksküche, Kohlen und Kartoffeln für die Erwerbslosen fordern. Die Arbeitervertreter warnen aber gleich die Erwerbslosen, zuviel von der Annahme dieser Anträge zu erwarten, da gegen diese Beschlüsse sicher Einspruch erhoben wird.

Die schwankende KPD in Gautzsch

i. Die erste Sitzung der Gemeindeverordneten hatte das Präsidium, die stellvertretenden Bürgermeister und die Ausschüsse zu wählen. Der Kommunist **Seidler** erklärte, in der Stichwahl für die Sozialdemokratie zu stimmen, um keine Nazis an das Ruder zu lassen. Trotzdem haben die Kommunisten bei der Wahl der Bürgermeistervertreter den Ausschlag für die Nationalsozialisten gegeben, die SPD hatte bei der Vorsteherwahl ihre Stimmen für die kommunistische Liste eingesetzt. Infolgedessen wurde der **Kommunist Müller** als **Vorsteher** und **Seidler** als Stellvertreter gewählt. Zweiter Stellvertreter wurde Herr **Leube.**

Die Wahlen zu den Bürgermeisterstellvertretern konnten durch Listenverbindung der SPD und KPD ebenfalls für die Linke ausschlaggebend sein. Trotz des Geredes der Kommunisten, **keinen Faschisten in die Verwaltung zu lassen, gingen die Kommunisten eine Listenverbindung nicht ein. Somit wurde der Nationalsozialist Walther** erster, der **Genosse Pfliegner** zweiter und der **Kommunist Müller** dritter Bürgermeisterstellvertreter. In Gautzsch stehen 5 Sozialdemokraten und 4 Kommunisten nur 6 Nazi-Bürgerlichen gegenüber und trotzdem **ermöglichen die Kommunisten den Nazis das Eindringen in die Verwaltung. Wo bleibt der Kampf gegen den Faschismus? Nichts als Klassenverrat!**

Im übrigen hat die SPD-Fraktion **Einspruch** gegen die Wahl der **Bürgermeisterstellvertreter** erhoben. Nach der Gemeindeordnung ist über die Reihenfolge der Stellvertretung durch die Gemeindeverordneten **besonders abzustimmen.**

Eigentümlich berührt, daß die Kommunisten, obwohl sie eine Frau als Abgeordnete haben, diese Frau für keinen Ausschuß vorgeschlagen haben. Soll das die Gleichstellung der Frau sein?

Die bürgerliche Einheitsfraktion und der Wirtschaftsdemokrat sind vollständig zu den Nazis übergeschwenkt und weder im Präsidium noch im Verwaltungsausschuß vertreten. Wir bezweifeln, ob damit alle bürgerlichen Wähler einverstanden sind. Besonders stolz braucht das demokratisch eingestellte Bürgertum auf ihre Vertreter nicht zu sein.

Die Kommunisten wollten noch einen großen Tag haben. Eine lange Liste von möglichen und unmöglichen Forderungen für die Erwerbslosen sollte dazu beitragen. Die SPD beantragte, ohne Aussprache den Forderungen zuzustimmen, welches auch einstimmig erfolgte. Lange Gesichter bei den Kommunisten, aber leider kein Erfolg für die Erwerbslosen, da der Bürgermeister gegen die ungesetzlichen Beschlüsse sofort Einspruch erhob.

Rotes Präsidium in Lützschena

s. Da am 5. Januar zur ersten Sitzung zirka 250 Zuhörer erschienen sind, muß der große Saal im Gasthof benutzt werden. Die SPD gibt eine Erklärung zu Protokoll, daß sie das Präsidium nur mit Arbeitervertretern besetzen will und ihre Stimme daher auch den Kommunisten geben werde, was von den Zuhörern mit Beifall quittiert wird. Der Führer der KPD verliest eine Erklärung seiner Bezirksleitung, die ebenfalls für ein rotes Präsidium ausklingt. Mit Heiterkeit wird eine Erklärung der Bürgerlichen entgegengenommen, der **Nazimann Peter** habe sich der bürgerlichen Fraktion angeschlossen, die den ruhmreichen Namen „Nationale Fraktion" führt.

Zum **Vorsteher** wird Genosse **Otto Nebrig** (im zweiten Wahlgang) mit 11 gegen 6 Stimmen gewählt, **erster Stellvertreter** wird der Kommunist **Beyer, zweiter Stellvertreter Genosse Baum,** beide im ersten Wahlgang mit 11 gegen 6 Stimmen. Der im Zuhörerraum anwesende Nazibonze Rudolf (ein früherer KPD-Mann) drohte mit Mord gegen Beyer (KPD); er wurde sofort aus dem Saal verwiesen.

Als **stellvertretende Bürgermeister** werden Genosse **O. Nebrig** und **Schwarzer** (bürgerlich) gewählt, bei der Abstimmung, wer als erster Stellvertreter zu fungieren hat, leisten sich die Kommunisten den Scherz, für ihren eigenen Kandidaten zu stimmen, der gar nicht mehr zur Wahl steht. Durch Los wird dann Herr Schwarzer von der Nationalen Einheitsfront bestimmt. **Die Kommunisten hatten es in der Hand,** auch diese wichtige Position mit einem Vertreter der Arbeiterschaft zu besetzen. Wir nehmen an, daß sie von ihrer Bezirksleitung gebunden waren, denn verschiedene Anhänger der KPD waren über die Einstellung ihrer Fraktion nicht gerade begeistert.

Der Vorsteher weist auf die **Bezirkstagswahl** am 13. Februar hin und ersucht die Parteien, ihre Vorschläge rechtzeitig einzureichen.

Verordnetensitzung in Großmiltitz

Kurz vor Beginn der Sitzung tritt **Nazi-Schumann** ein in voller Mostrichuniform und begrüßt die Zuhörer mit „Heil Hitler". Als Antwort schallt ihm Gelächter entgegen.

Als **Vorsteher** wurde Genosse **Wilsdorf** mit 4 gegen 3 Stimmen gewählt. Vorher gab der Kommunist **Gleitzmann** gemäß der Anweisung seiner Bezirksleitung die Erklärung ab, daß er beim zweiten Wahlgang seine Stimme dem SPD-Vorschlag gibt. **Stellvertreter** wurde **Gleitzmann, Bürgermeister-Stellvertreter Wilsdorf,** Schriftführer Leibhold (bürgerlich-nationalsozialistischer Vorschlag), Stellvertreter Häusler (KPD).

Zu den **Ausschußwahlen** schlug Gleitzmann wieder sich selbst vor, um sich dadurch von der Mitarbeit in den Ausschüssen zu drücken. Die SPD aber nahm Gleitzmann mit auf ihren Vorschlag, um ihn zur Mitarbeit zu zwingen. Dadurch wurde in mehreren Ausschüssen eine **Arbeitermehrheit** gesichert und Gleitzmann mit hineingewählt. Durch das Verhalten Gleitzmanns gewann die bürgerlich-nationalsozialistische Gemeinschaft den Schriftführerposten sowie die Mehrheit im Finanz- und Verfassungsausschuß, in den **Nazi-Schumann** auf diese Weise einzog.

Es wurde noch beschlossen, den Auenweg und die Straße von der Schule bis an den Gasthof neu zu chaussieren, sobald Mittel von dem Bezirksverband zur Verfügung gestellt werden. Hiesige Erwerbslose sollen dabei berücksichtigt werden.

Altranstädt

Freitag, 13. Januar, 20 Uhr, im Gasthof Bodin **Generalversammlung der SPD.** Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, dort zu erscheinen.

Schkeuditz

n. Am Sonnabendnachmittag vergnügten sich in der Aue mehrere Kinder mit den Loren, die vom Freiwilligen Arbeitsdienst verwendet werden. Dabei geriet der siebenjährige Harry K. mit der linken Hand zwischen zwei Wagen und zog sich einen schweren Bruch und eine Quetschung der linken Hand zu. Es ist sehr fraglich, ob dem Jungen wenigstens der Zeigefinger erhalten werden kann. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Loren nach der Arbeitszeit aus den Gleisen gehoben werden, sie sind also von anderen wieder eingehoben worden.

Eilenburg

n. Die braunen Gesellen haben kein Geld mehr, darum kommt jetzt das große Fechten. Unter der Firma: „Sammlung für die Winterhilfe" haben die Nazis vom Regierungspräsidenten die Genehmigung zu einer **achttägigen öffentlichen Sammlung** erhalten. Wohin fließt das Geld? Wer kontrolliert es? Wer etwas zu geben hat, gibt es an die **„Zentralisation für Winterhilfe", wo es ohne Parteibuch weitergegeben wird.** Taschen zu, keinen Pfennig den Freunden des Fememordes!

Großbothen

Am Sonnabend, ½12 Uhr, kam der in der Schamottefabrik Kreisel beschäftigte Schlosser Kurt Baade, Kleinbothen, zwischen zwei Zahnräder, wobei ihm der linke Unterschenkel zerquetscht wurde. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Wetterbericht

der Arbeiter-Turn- und -Sportschule

Orte	Temperatur Grad Celsius	Schneehöhe cm	Schneebeschaffenheit	Schi und Rodel
Oberwiesenthal	− 5	20	Pulverschnee	gut
Fichtelberg	− 7	32	Pulverschnee	sehr gut
Johanngeorgenstadt	− 4	20	Pulverschnee	gut
Auersberg	− 6	20	Pulverschnee	gut
Klingenthal, Aschbg.	− 8	30	Pulverschnee	sehr gut
Schöneck	− 3	25	Pulverschnee	gut
Annaberg-Pöhlberg	− 3	19	vereist	mäßig
Frauenstein	− 1	9	verharscht	mäßig
Altenberg	− 3	10	verharscht	gut
Geising	− 4	8	verharscht	gut
Kipsdorf, Bärenfels	− 0	6	verharscht	mäßig
Frauenwald (Thür.)	—	—	—	—
Oberhof	—	—	—	—
Brocken	—	—	—	—
Oberstdorf	—	—	—	—
Rote Grube	—	—	—	—
Riesengebirge	—	—	—	—

Ueber alle Wintersportangelegenheiten erteilt die Arbeiter-Turn- und -Sportschule, Fichtestraße 32/34, Abteilung Wintersport, von 8—17 Uhr Auskunft. Fernsprecher 301 81.

Kleines Feuilleton

Leipziger Musik

Der Violoncellist Gregory Pecker ist ein Meister seines Instruments. An einem mannigfaltigen, gut gegliederten Programm zeigte er seine virtuose Finger- und Bogentechnik, die vorläufig noch größer ist als seine musikalische Gestaltungskraft. Die wirkungsvollen Stücke von Cassado, Casella, Jongen und Sieveking, die alle leichterer Prägung waren, spielte er elegant und tonschön, und der spröden Solo-Suite von Reger gewann er die verblüffendsten klanglichen Reize ab. Für alte Musik (Boni und Joh. Christoph Bach) ist jedoch die Art seines Spiels zu unruhig. Gerhard Burgert war dem oft sehr anspruchsvollen Klavierpart technisch durchaus gewachsen; klanglich hätte manches im Zusammenspiel (besonders in der Bach-Sonate) noch bessere Ausfeilung vertragen.

Das dritte der sogenannten Meisterkonzerte war wieder ein Ereignis im Konzertbetrieb: Claire Duz sang nach langer Abwesenheit. Die Künstlerin hat sich den Zauber ihrer Stimme bewahrt. Der Hörer meint, mitten im Glücksgefühl des Abends, noch nie einen betörenderen Sopran gehört zu haben, der im Klang Jugendfrische und Reife so einzigartig vereint. Ueber die Technik ist kein Wort des Lobes zuviel, und es ist schwer zu sagen, was mehr bewundert werden muß: die unübertreffliche Atemführung, die Kopftöne, die Kunst der Uebergänge oder das unnachahmliche Piano, das ein Triumph über die Materie und die menschliche Unzulänglichkeit ist. Und doch wird diese Technik nie Selbstzweck, sie steht vielmehr im Dienst einer außerordentlichen und vielseitigen Gestaltungskraft. Ob die Künstlerin mit gewinnender Liebenswürdigkeit ein einfaches Schubert-Lied oder das kindliche „Märchen" von Erich J. Wolff singt, ob sie dem Gebet der Toska oder dem Rezitativ zu der Arie der Susanne aus „Figaros Hochzeit" eine packende und ganz persönliche Ausdeutung gibt: immer erfüllt sie das Kunstwerk mit Leben, und man glaubt, eine überzeugendere Darstellung könne es gar nicht geben. Kein Wunder, daß die Hörer im Beifallspenden nicht müde wurden und wie verzaubert Zugabe auf Zugabe anhörten. Wahrlich ein Erlebnis seltener Art, zumal auch der Begleiter, Bruno Seidler-Winkler, restlos befriedigte.

H. P.

Karl August Neumann verläßt die Leipziger Oper

Generalintendant Tietjen hat K. A. Neumann vom August dieses Jahres an für die Berliner Staatsoper verpflichtet. Leipzig verliert mit ihm einen Künstler seltenen Ranges, vielleicht seinen interessantesten Sänger, der eminente Charakterisierungsfähigkeit mit einem außerordentlich stimmschönen Bariton verbinden und so zu stärksten Wirkungen führen konnte. Es war bekannt, daß K. A. Neumann manches gute Engagement in den letzten Jahren angeboten erhalten hat. Wenn er gerade jetzt zugreift und Leipzig verläßt, so steht das zweifellos in Zusammenhang mit dem Direktionswechsel in der Leipziger Oper und bestätigt die von uns schon ausgesprochene Befürchtung, daß das Leipziger Ensemble ausgezeichnete Kräfte nicht allein durch die Kündigungen des Operndirektors Schüler verliert, sondern auch dadurch, daß diejenigen, denen er ein Neuengagement anbot, soweit es ihnen möglich sein sollte, sich ein neues und freundlicheres Feld suchen werden. Einen Künstler wie Neumann, von so großer und begründeter Popularität, hätte man unbedingt zu halten versuchen müssen. Daß er von dem Ort so starker Erfolge scheidet, scheint uns nicht nur in der Lockung Berlins, sondern zwingender in der Bestürzungs-Atmosphäre des Neuen Theaters 1933 begründet zu sein. Herr Dr. Schüler wird Mühe haben, mit seinem geplanten Ensemble das, was wir haben, zu ersetzen. Bei K. A. Neumann und Elisabeth Gerö — die unlängst in der Berliner Staatsoper als Gilda bei offener Szene applaudiert wurde — ist nichts mehr rückgängig zu machen. Aber die Tenorfrage ist noch immer nicht geklärt. Bleibt Beinert, bleibt Seider? Wir möchten davor warnen, das Tenorfach am Neuen Theater so radikal auszuräumen und neu zu belegen wie eine Wachtstube.

H. W.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19330111/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG